

Philologenverband Schleswig-Holstein

Gymnasium heute

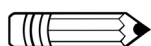
Weitere Themen in dieser Ausgabe:

- Bericht vom Jahreskongress 2022
- Wahlprüfsteine
- A14
- Videokonferenz mit Karin Prien
- Oberstufenreform
- BDK Tagung
- Einer von uns...
- Was macht eigentlich...
- Terminrückschau
- Kolumne



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

turnusgemäß wird in der ersten Ausgabe unserer Verbandszeitung in jedem Jahr über den Jahreskongress berichtet. Im vergangenen Jahr war alles anders – so erschien auch das Jahreskongress-Heft erst im September, denn „coronabedingt“ mussten wir unsere üblicherweise im Frühjahr stattfindende Tagung auf den August verschieben.

Wir sind froh, dass sich die Pandemiebedingungen soweit entwickelt haben, dass der Jahreskongress 2022 wie gewohnt und wie geplant abgehalten werden konnte. Diese Ausgabe von „Gymnasium heute“ informiert darüber ausführlich. Mitglieder, die am 2. März nicht in Rendsburg waren, können den Tag anhand der zahlreichen Beiträge nacherleben. Für alle Interessierte sind die Berichte über den Jahreskongress ein Zeugnis der engagierten Arbeit unserer Ehrenamtler sowie der vielen Mitglieder, die sich auf andere Weise aktiv einbringen.



editorial

Auch durch die Berichte, die sich nicht auf den Jahreskongress beziehen, bietet das vorliegende Heft einen Überblick über aktuelle Themen der Bildungspolitik. Deren Spiegelung und Einschätzung aus verbandlicher Sicht wird deutlich.

Die „Sonderausgabe Gymnasium heute 2022“ mit dem Schwerpunkt „23 – 23“, die im Februar erschien und an den Gymnasien und auf dem Jahreskongress verteilt wurde, deckt die wichtigsten Themen, welche uns in diesem Jahr bewegen, weitgehend ab: dauernde und zunehmende Überlastung der Lehrkräfte und im Laufe der vergangenen Jahrzehnte aufgelaufene Zumutungen im Lehrerberuf, egal unter welcher Landesregierung. Abgedruckt sind auch die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl, welche wiederum

Gegenstand der Podiumsdiskussion mit Bildungspolitikern auf dem Jahreskongress waren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein Blick auf unsere Homepage lohnt sich mehr denn je. Dort finden Sie die

„Sonderausgabe Gymnasium heute 2022“ und Sie können sich über die bildungspolitischen Ziele und Vorhaben der Landtagsparteien informieren. Im Zusammenhang mit dem Erhalt und der Stärkung des Allgemeinbildenden Gymnasiums kristallisieren sich deutliche Unterschiede heraus. Sie finden dort auch unsere Presseerklärungen und aktuelle Termine. Vielfach hören wir Kritik wegen einer mangelnden Übersichtlichkeit unserer Homepage. Dem ist zuzustimmen. Unser nächstes großes Projekt wird die Überarbeitung der Phv-Webseite mit professioneller Hilfe sein. Ein Vorhaben, das einige Zeit in Anspruch nehmen wird, so dass wir um Geduld bitten. Wie immer freuen wir uns auch in diesem Zusammenhang über konstruktive Anregungen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nun wünsche ich Ihnen eine interessante Zeit mit dem Lesen in der Ausgabe 1/22 von „Gymnasium heute“.

Mit einem herzlichen Gruß,
Ihre

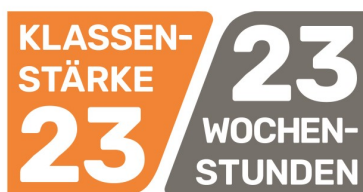
B. Langlet-Ruck

Jahreskongress 2022 – ein Rückblick

Fast pünktlich um 9 Uhr eröffnete Pressesprecher Walter Tetzloff am 3. März den Jahreskongress 2022 des Philologenverbandes Schleswig-Holstein im großen Saal des Hotel ConventGarten in Rendsburg. Annähernd 60 Mitglieder hatten sich in Präsenz vor Ort versammelt, um im internen Teil am Vormittag turnusgemäß, der letzte Jahreskongress 2021 hatte pandemiebedingt erst vor einem halben Jahr stattgefunden, die Berichte des Landesvorstands und weiterer Gremien zu hören, um Anträge zu beraten und zu beschließen. Die erste Vorsitzende Dr. Barbara Lang-

let-Ruck begrüßte zu Beginn im Namen des Landesvorstands die anwesenden Delegierten und sprach zuallererst das an, was alle seit einigen Tagen bewegt, die Ereignisse rund um den Konflikt in der Ukraine. Trotz aller drängenden und wichtigen Themen innerhalb und außerhalb des Verbandes ist klar, dass der Frieden in Europa für alle an vorderster Stelle stehen muss.

Der Gedankensprung zurück ins Bundesland zwischen den Meeren fiel nicht leicht, doch in den folgenden Worten ihrer Begrüßungsrede brachte die erste Vorsitzende auf den Punkt, was den Verband und seine Mitglieder in der nächsten Zeit vor Ort bewegt:



- Der Start der Kampagne „23/23“ zu Beginn des Jahres 2022, die für die nächsten beiden Jahren zwei Ziele der Verbandsarbeit beschreiben und verdeutlichen soll.

- Die Wahlprüfsteine, die zur Beantwortung an die Parteien im Land verschickt worden sind, um vor den Landtagswahlen im Mai eine Arbeitsgrundlage zu haben.

- Die Vorbereitung der HPR-Wahlen im Jahr 2023, damit das Gymnasium weiter mit einer starken Gruppierung in diesem

Gremium vertreten sein wird.

Mit dem Dank an den Landesvorstand für die im letzten Jahr geleistete Arbeit und einem kurzen Blick auf die Tagesordnung beendete Barbara Langlet-Ruck ihre Rede und übergab zur Moderation des weiteren Vormittages an den Pressesprecher des Verbandes.

Walter Tetzloff führte anschließend gekonnt durch die einzelnen Punkte der Tagesordnung und rief die Berichte der einzelnen Gremien auf, nachdem er zuvor einen Gruß von und an die erkrankte Schriftführerin Insa Rix-Oldigs ausgerichtet hatte. Die Berichte der ersten Vorsitzenden, aus dem Hauptpersonalrat, dem DVSH, von der AG der jungen Philologen und aus den beiden Ausschüssen zur Bildungspolitik und dem für Berufs- und Beamtenrecht lagen in schriftlicher Form vor, wurden jedoch vor Ort durch die entsprechenden Personen erläutert und ergänzt.

Barbara Langlet-Ruck begrüßte die neuen Corona-Regelungen zum 21. März 2022 und sah die Forderungen des Phv nach klaren und verbindlichen Regelungen, die auch in Gesprächen mit der Ministerin vorgebracht werden konnten, als erfüllt an. Im Fokus stand und steht der Präsenzunterricht und dieses Ziel konnte auch durch den Mehreinsatz der Lehrkräfte erreicht werden, die bereit waren, ihre eigenen gesundheitlichen Bedenken hintenanzustellen. Dazu im Gegensatz steht leider die sogenannte Corona-Zulage, die eine Erhöhung der Bezüge nicht im Ansatz ersetzen und die allgemeine Preissteigerung keinesfalls ausgleichen kann.



Jahreskongress 2022 – ein Rückblick

Die erste Vorsitzende sprach darüber hinaus noch ein paar Mängel an, auf deren Beseitigung noch ein besonderes Augenmerk zu legen ist: Die Belastung der Lehrkräfte, die Beförderung von A13 zu A14 und der Lehrkräftemangel, insbesondere beim Aufwachsen von G8 zu G9.

Auch wenn Prävention und Gesunderhaltung der Lehrkräfte im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, so macht die vielfältige Aufgabenliste (s. Sonderheft Gymnasium heute), die von allen Lehrkräften „neben“ dem eigentlichen Unterricht noch abzuarbeiten ist, deutlich, dass dieser Punkt aus dem Koalitionsvertrag mit Sicherheit nicht erfüllt worden ist. Die quälend langsame Umsetzung des Beförderungsverfahrens von A13 nach A14 ist ein immer wiederkehrendes Ärgernis, an das man sich ja schon fast gewöhnt hatte. Neu kommt jetzt aber noch hinzu, dass die Beförderungskriterien, die das Prozedere spürbar erleichtern und beschleunigen sollten, immer noch nicht in der Praxis umgesetzt sind. Barbara Langlet-Ruck verwies hier noch einmal deutlich auf die Position des Verbands, dass nur die Regelbeförderung mit einer transparenten Staffelfung dieses Problem auf Dauer beseitigen kann. Der eklatante Lehrkräftemangel in bestimmten Fächern und Regionen wurde als letzter Schwerpunkt der Verbandsarbeit genannt. Hier gibt es zwar inzwischen die sogenannte Allianz zur Lehrkräftegewinnung, jedoch wurde diese große Gruppe ohne Beteiligung der Verbände ins Leben gerufen, so dass der Erfolg dieser Maßnahme zumindest zweifelhaft erscheinen muss. Hier verwies Barbara Langlet-Ruck noch einmal auf das Motto „23/23“, denn zufriedene Lehrkräfte, die Zeit für ihre eigentlich Profession haben, können auch als Vorbilder eine positive Außenwirkung haben und zur Lehrkräftegewinnung beitragen.

Zum Schluss betonte Barbara Langlet-Ruck noch einmal, dass der Philologenverband als Vertretung der Lehrkräfte überparteilich die Interessen der Lehrkräfte an Gymnasien und Gemein-



Bettina Scharenberg, HPR Foto:Phv

schaftsschulen mit Oberstufe vertritt und auf eine breite Mitarbeit seiner Mitglieder angewiesen ist.

Dem konnte sich Bettina Scharenberg in ihrem Bericht aus dem Hauptpersonalrat, der für die rund 28.000 Kolleginnen und Kollegen im Land eintritt, nur anschließen. Schwerpunkte ihrer Arbeit im HPR waren und sind die A14-Beförderungen und deren Kopplungen an Aufgaben in der Schule, die Versetzungsverfahren innerhalb und außerhalb des Landes und die Einstellung und Verteilung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst im Land. Schulungen für die örtliche Personalräte konnten schon wieder in Präsenz angeboten werden und die Rückmeldungen zeigen, dass der Bedarf groß ist. Aktuell ist der HPR viel mit Fragen rund um die Digitalisierung konfrontiert, die meist auch in Zusammenhang mit Mehrbelastung (z.B. ständige Erreichbarkeit durch neue Medien) und Datenschutz (z.B. Streamen aus dem Unterricht) an den HPR gestellt werden. Für die HPR-Wahlen im Jahr 2023 erhofft sich die Gruppe „Gymnasium“ im HPR wieder ein schlagkräftiges Ergebnis für den Phv und eine Besetzung, in der Kolleginnen und Kollegen vertreten sein werden.

Für den DVSH ergänzte Alexej Stroh

seinen schriftlichen Bericht, er machte deutlich, dass in den entscheidenden Punkten der Phv und der DVSH deckungsgleich in ihren Bestrebungen sind. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Schulleitungen nicht immer konfliktfrei sein kann, so zählt doch am Ende immer die Sache, also das Gymnasium, und da war und ist die Zusammenarbeit immer zielführend. Alexej Stroh betonte, dass auch aus Schulleitungssicht zusätzliche Aufgaben immer auch mit einer entsprechenden Entlastung verbunden sein müssen und die Sorge um das Kollegium klar im Vordergrund stehe. Im Bereich der Digitalisierung ist dringend externe Unterstützung für die Schulen erforderlich, gerade dort, wo gewachsene Systeme nun auf die derzeitigen Neuausstattungen (z.B. neue Lehrkräftedienstgeräte) treffen.

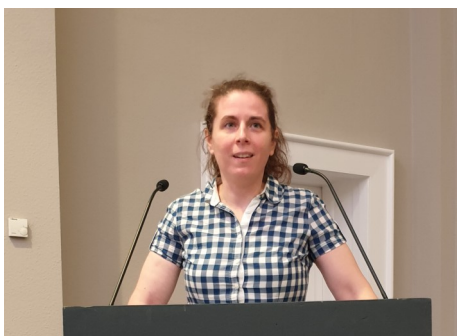
Das Thema Lehrkräftegewinnung wird gerade im Jahr 2026 noch einmal von besonderer Bedeutung für die einzelnen Gymnasien sein, wenn auf einmal ein kompletter Jahrgang zusätzlich an den Schulen sein wird. Momentan muss dagegen der Fokus neben dem Unterricht auch wieder auf das außerunterrichtliche Angebot gelegt werden, der Neuaufbau des kulturellen Angebots an Schulen wird alle noch einmal vor eine besondere Herausforderung stellen, die nur mit viel Kraftanstrengung und Einsatz gemeistert werden kann. Auch hier wird der DVSH dafür eintreten, dass es Entlastungsangebote für Lehrkräfte geben wird.

Für die jungen Philologen sprach Christiane Vetter, die in einer emotionalen Rede das Bild der idealen Lehrkraft skizzierte. In Ihrer langen Aufzählung aller Tätigkeiten wurde deutlich, dass Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz auch für junge Lehrkräfte kein Thema sein darf, das nur am Rande angesprochen wird und dann eher doch anderen Verpflichtungen zum Opfer fällt. In Schleswig-Holstein soll es für die jungen Philologen noch vor den Sommerferien eine Präsenzveranstaltung geben und der Relaunch der Homepage des

Jahreskongress 2022 – ein Rückblick

Phv ist ein anderes großes Projekt im laufenden Jahr. Christiane Vetter wünschte sich zum Schluss Ihrer Worte, eine verstärkte Mitgliedergewinnung in den Lehrerzimmern des Landes mit Materialien **und** Argumenten.

Der bildungspolitische Ausschuss war fast vollständig in Rendsburg vertreten und Leevke Schiwek stellte die Arbeit des Ausschusses kurz vor. In regelmäßigen Online-Treffen wurden Themen wie Vertretungsunterricht, Mehrarbeit und neue OAPVO und deren Umsetzung erörtert und besprochen, die Ergebnisse waren häufig Grundlagen für die Presseerklärungen des Verbandes.



Dr. Leevke Schiwek, BPA Foto:Phv

Gerne können Themen aus den Kollegien an den Ausschuss herangetragen werden, die Mitglieder nehmen Arbeitsaufträge dankbar entgegen. Derzeit beschäftigt sich der Ausschuss mit der neuen OAPVO, in der einige Punkte auf den Prüfstand gestellt werden sollen, z.B. die Konstellation von Geographie und WiPo, das Profilsseminar oder das affine Fach. Rückmeldungen aus der Praxis sind auch in diesem Themenbereich willkommen.

Für den Ausschuss für Berufs- und Beamtenrecht fasste Thomas Söhrnsen den Kommentar zum Tarifabschluss kurz zusammen: Der Abschluss ist zu wenig und zu schlecht, die Pensionäre wurden nicht berücksichtigt und der Inflationsausgleich ist mangelhaft. Aus dem Plenum wurde ergänzt, dass mit dem Tarifabschluss von 2,8% nach einer realistischen Berechnung auf das ganze Jahr,

dem Einbezug der steigenden Inflation und dem Abzug des einmaligen Corona-Bonus gerade einmal ein Lohnanstieg von 0,75% zu verzeichnen ist. Thomas Söhrnsen führte weiter aus, dass die ersten beschlossenen Schritte zur Reform des Beamtenrechts, das die Attraktivität des Beamtentums stärken sollte, zu kurz geraten sind, leider steht der Sparzwang immer im Vordergrund und verhindert größere Sprünge. Weitere Themen sind an den Ausschuss herangetragen worden, so dass deren Mitglieder zukünftig auch Themen wie „Freizeit statt Geld“, Arbeitszeitkonten und „Work-Life-Balance“ der jungen und jüngeren Kolleginnen und Kollegen erörtern werden.

Rolf Voßeler stellte den Kassenbericht 2021 vor und erläuterte das Gesamtergebnis und einzelne Buchungsposten. Da keine Fragen offenblieben konnten die Kassenprüfer die Entlastung des Vorstands beantragen, der die Versammlung einstimmig zustimmte. Bei der Vorstellung des Etats für 2022 ging Rolf Voßeler auf einzelne Punkte genauer ein. Nach diesen fachgerechten Erläuterungen ist auch der Etat für 2022 genehmigt worden.

Den letzten Punkt des vormittäglichen Teils des Jahreskongresses moderierte Walter Tetzloff als gewählter Diskussionsleiter in ruhiger und besonnener Art. Die eingereichten Anträge wurden leb-

haft diskutiert und mit einer Ausnahme angenommen. An dieser Stelle würde der Landesvorstand sich noch mehr Rückmeldungen aus den Regionen und Ortsverbänden wünschen, denn über

die Anträge können die unterschiedlichsten Anliegen aus dem Land vorgebracht und diskutiert werden, darüber können sich auch alle Mitglieder des Phv in die Verbandsarbeit einbringen und ihrer Stimme Gehör verschaffen.



Thomas Söhrnsen, ABB Foto:Phv

Zum öffentlichen Teil des Jahreskongresses 2022 am Nachmittag füllten sich nach der Mittagspause wieder die Reihen und Barbara Langlet-Ruck konnte zusätzlich zu den Delegierten des Vormittags zahlreiche weitere Gäste zur Nachmittagsveranstaltung begrüßen, so dass der Saal sehr gut gefüllt war, als es in einer Podiumsdiskussion um die drängenden Fragen der Bildungspolitik gehen sollte.

Das Moderatorenteam des Phv, Christiane Vetter und Guido Haffke, konnte auf der Bühne die Vertreterinnen und Vertreter von fünf Parteien begrüßen, die zu bildungspolitischen Themen und auch den Wahlprüfsteinen Rede und Antwort stehen wollten: Tobias von der Heide (bildungspolitischer Sprecher der CDU), Martin Habersaat (bildungspolitischer Sprecher der SPD), Ines



Rolf Voßeler, Schatzmeister Foto:Phv

Strehlau (bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90 / Die Grünen), Christopher Voigt (Fraktionsvorsitzender der FDP) und Jette Waldinger-Thiering (schulpolitische Sprecherin des SSW).

Jahreskongress 2022 – ein Rückblick



V.I. Jette Waldinger-Thiering, SSW, Ines Strehlau, Bündnis 90/Die Grünen, Guido Haffke, Phv, Christiane Vetter, Phv, Martin Habersaat, SPD, Christopher Voigt, FDP, Tobias von der Heide, CDU Foto:Phv

Gleich bei der ersten Frage konnten die Diskussionsteilnehmer ihre Zukunftspläne darlegen: Wo stehen die Gymnasien nach dem Ende der nächsten Legis-

darstellt, mit Unterricht am Vormittag und Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag, verabschiedet haben wird. Die digitalen Möglichkeiten werden an allen

Tobias von der Heide konnte dann viele Aspekte seiner Vorredner unterstützen, merkte allerdings an, dass man sich auf den Weg machen müsse, um ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen, die 100% und mehr Unterrichtsversorgung überhaupt gewährleisten können. Dabei wird das Kollegium an einer Schule als ein multiprofessionelles Team zu sehen sein, Informatik wird ein Pflichtfach sein und die Schulgebäude werden in Hochglanz erstrahlen, wenn es gelingen wird, den Sanierungsstau abzubauen.



Guido Haffke, Phv, Christiane Vetter, Phv, Martin Habersaat, SPD, Christopher Voigt, FDP, Tobias von der Heide, CDU Foto:Phv

Diese Äußerungen zur digitalen Ausstattung konnte das Moderatorenteam als Steilvorlage für ihre nächste Frage nutzen: Wo soll denn die Zeit herkommen, damit sich die Lehrkräfte für den digitalen Unterricht auch fortbilden können?

laturperiode nach allen erdenkbaren Krisen?

Einig waren sich bei der Beantwortung dieser Frage alle Vertreter darin, dass die Gymnasien weiterhin existieren, und zwar mit guter sächlicher und personeller Ausstattung, die die Schulen auf ihrem Weg zum guten Unterricht unterstützt.

Martin Habersaat ergänzte, dass auch die Gymnasien als Ganztagschule eingerichtet sein werden, ausgestattet mit ausgebildeten Lehrkräften anstelle von Ersatzlehrkräften, wobei man sich von dem Tagesrhythmus, wie er sich aktuell

Schulen gleichermaßen genutzt werden können, nachdem man die positiven Entwicklungen, die die Corona-Krise mit sich gebracht hat, nutzen wird können. Dass die OAPVO in ihrer jetzigen Form umgesetzt sein wird, kann sich Herr Habersaat dagegen nicht vorstellen. Christopher Voigt sah die Gymnasien in der Zukunft auch mit hochmotivierten Lehrkräften versehen, die in hochmodernen Schulgebäuden mit Luftfiltern und digitaler Vollausrüstung, sowohl in Schülerschaft als auch im Kollegium, guten Unterricht anbieten und erleben können.

Es gab wenig direkte Antworten auf diese Frage, doch versprachen alle Vertreter Entlastung für die Lehrkräfte, wenn entsprechende Fortbildungsangebote wahrgenommen werden oder an den Schulen passende Module initiiert werden. Ein großes Lob unisono an alle Lehrkräfte, die in der Pandemie große Schritte in Richtung Digitalisierung unternommen haben. Einig waren sich auch alle, dass eine regelmäßige Wartung und Unterstützung der Systeme nur durch externe Kräfte an den Schulen gewährleistet werden kann. Martin Habersaat legte Wert auf eine

Jahreskongress 2022 – ein Rückblick

einheitliche Ausstattung und zentrale Administration, um Kräfte zu bündeln und zu vereinheitlichen. Ines Strehlau und Jette Waldinger-Thiering betonten mehrfach die Notwendigkeit der Teamarbeit in den Kollegien, um Kompetenzen multipel nutzen zu können.

Christopher Voigt würde den Schulleitungen hier auch mehr Gestaltungsspielraum einräumen wollen, damit das Engagement des Einzelnen auch entsprechend honoriert werden kann. Tobias von der Heide ergänzte, dass an den Schulen ein „digitaler Hausmeister“ erforderlich sei, der nach Absprache von den Kommunen gestellt werden muss, auch wenn die Ausstattung standardisiert und die Unterrichtsentwicklungsstrategie und das Kompetenzzentrum weiter beim IQSH liegen muss, denn dafür sind 250 Stellen zur Verfügung gestellt worden, die so auch den Schulen indirekt zukommen werden. 15 Stunden verpflichtende Fortbildung pro Lehrkraft und Schuljahr sollen auch ihren Beitrag dazu leisten, dass die digitale Entwicklung nicht ins Stocken geraten wird.

Beim Stichwort „Ganztag“ wurde unser Moderatorenteam hellhörig und musste dann entsprechend noch einmal nachfragen: Wie ist es denn um Arbeitsplätze für Lehrkräfte an den Schulen und die Inhalte in der Lehrkräfteausbildung, bezogen auf den Ganztag, bestellt?

Tobias von der Heide betonte, dass die Fachlichkeit in der Lehrerbildung weiter voranstellen muss. Die neue Allianz für Lehrkräftegewinnung liefert Impulse, momentan werden zu viele Gymnasiallehrer und zu wenige Lehrkräfte für andere Schularten ausgebildet, denn aktuell können fast alle Stellen im Land, die zur Verfügung stehen, besetzt werden. Christopher Voigt erinnerte daran, dass es einen Ganztag nicht ohne solide Finanzierung geben kann und der Bund beim Thema Ganztag eine Verantwortung hat, der er leider schon bei der Krippenfinanzierung nicht nachgekommen ist. Für die Vorbereitung des Lehr-

kräftenachwuchses sind die Hochschulen zuständig, die dann auch einer entsprechenden Ausstattung bedürfen.

Jette Waldinger-Thiering, Ines Strehlau und Martin Habersaat erinnerten an Skandinavien, wo der Ganztag an Schulen nicht mehr wegzudenken ist. Dafür sind dann die Schulgebäude auch modern und multifunktional ausgestattet, wo in Schleswig-Holstein durchaus noch Nachholbedarf besteht. Frau Strehlau sprach sich für eine Präsenzarbeitszeit von Lehrkräften an Schulen aus, die dann aber auch durch zusätzliche Kräfte wie Sozialarbeiter und Psychologen unterstützt werden muss. Laut Jette Waldinger-Thiering müssen die Lehrkräfte mehr als Erzieherinnen und Erzieher wahrgenommen werden, das würde auch das Ansehen des Berufsstandes verbessern. In eine ähnliche Richtung argumentierte auch Martin Habersaat, der anregte, dass angehende Lehrkräfte vielleicht mehr auf Pädagogik als auch Fachlichkeit überprüft werden sollten.

Aus Sicht des Phv ist der Bedarf an Lehrkräften aktuell nicht zu decken, daher fragten die Moderatoren: Wie wollen Sie das Problem des Lehrkräftemangels angehen?

Jette Waldinger-Thiering sah das Problem in den Naturwissenschaften bereits seit 1988 und bis heute nicht gelöst. Sie wünschte sich eine andere Ausbildung, die vom Fachstudium stärker getrennt ist und mehr Bedeutung auf die Pädagogik legt.

Ines Strehlau erkannte das Problem nicht bei der Zahl der Hochschulabsolventen, sondern darin, dass nicht alle Interessenten einen Referendarsplatz

bekommen können. Wichtig ist hierbei aber auch eine Gleichbehandlung aller Schularten.

Christopher Voigt sah ein Motivationsaspekt in der Bezahlung der Lehrkräfte, die auch für die Attraktivität des Berufes sorgen kann. Wenn die Hochschulen gut ausgestattet sind, wird es auch genug Studierende geben, denen man dann auch finanzielle Anreize geben muss, wenn manche Schularten nicht entsprechend versorgt werden können, um Studierende aus anderen Schularten umverteilen zu können.

Nach Tobias von der Heide ist das Problem noch lange nicht gelöst, entscheidend ist die jetzige Reaktion, die dann leider Zeit benötigt, bis entsprechende Neueinsteiger fertig mit der Ausbildung



Jette Waldinger-Thiering, SSW, Ines Strehlau, Bündnis 90/Grüne

sind. Die Lehrkräfte redeten oft selbst zu schlecht über den eigenen Beruf, beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, müssten positiver eingestellt sein und für das eigene positive Image sorgen.

Nun sprach das Moderatorenteam das Motto „23/23“ an: Wie sehen Sie die Möglichkeiten der Umsetzung und wären Feuerwehrlehrkräfte eine Option, um kurzfristige Lücken in der Lehrkräfteversorgung an den Gymnasien zu schließen?

Jette Waldinger-Thiering wollte die

Jahreskongress 2022 – ein Rückblick

Gymnasien nicht isoliert sehen, sondern alle Schularten mit ihrer Unterrichtsverpflichtung betrachten. Die Arbeitsbelastung ist in den Kollegien unterschiedlich verteilt, eine Entlastung könnte über Poolstunden, die für besondere Aufgaben und Belastungen über die Schulleitungen verteilt werden können, erfolgen. Allgemein sollte die Pflichtstundenzahl in der nächsten Legislaturperiode für alle Lehrkräfte reduziert werden.

Das Thema Poolstunden war auch für Ines Strehlau und Martin Habersaat von großer Bedeutung. Zusätzlich könnten Verwaltungslehrkräfte, die mehr eingestellt werden müssten, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte reduzieren, so dass die Konzentration wieder mehr auf dem Kerngeschäft „Unterricht“ liegen könnte.

Martin Habersaat bezeichnete die Forderung des Phv als utopisch und unrealistisch, Lehrkräfte müssten heutzutage wieder mobiler werden, um Besetzungslücken in entfernteren Landesteilen abdecken zu können. Konkret machte Herr Habersaat den Vorschlag, dass man, bevor eine Klasse neu eingerichtet wird, Klassen doppelt mit Lehrkräften besetzt, um gegen Ausfälle gewappnet zu sein. Christopher Voigt zeigte Verständnis für das Motto „23/23“, konnte aber aufgrund der aus seiner Sicht falschen Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt keine Versprechungen machen. Bildung müsste an erster

Stelle stehen, um Ansehen und Wertigkeit von Schule und Lehrkräften wieder weiter oben ansiedeln zu können. Tobias von der Heide betonte, dass in der laufenden Legislaturperiode bereits 2000 zusätzliche Lehrerstellen bei zurückgehenden Schülerzahlen geschaffen wor-



Tobias von der Heide, CDU

den sind. Damit sei eine 100%-ige Unterrichtsversorgung erreicht, dieses Niveau müsse aber gehalten, wenn nicht sogar gesteigert werden. Aber auch an anderer Stelle würden Mittel in die Schule gegeben werden, so zum Beispiel in der Informatikfortbildung, weitere Sonderaufgaben müssen dann dementsprechend auch entlastet werden.

Ziel des Gymnasiums ist das Abitur, daher fragte das Moderatorenteam, wie die Gäste die Qualität des Abiturs in Schleswig-Holstein sicherstellen wollen, die bei der

Abbrecherquote im Studium doch in Frage gestellt werden könnte?

Jette Waldinger-Thiering wollte mit der Beantwortung dieser Frage nicht die Schularten gegeneinander ausspielen, Gründe für einen Studienabbruch gebe es viele.

Ines Strehlau sieht das Abitur an den Gymnasien und den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe identisch, die Abbrecherquoten im Studium sei nicht ungewöhnlich. Aus ihrer Sicht liegt das Problem eher im Fehlen lehrkräftespezifischer Studiengänge. Ein richtiger Weg sei jetzt auch die Berufsorientierung am Gymnasium, denn nicht jede Abiturientin und jeder Abiturient müsse ein Studium aufnehmen.



Martin Habersaat, SPD

Martin Habersaat war diese Diskussion leid und schlug vor, dass in der nächsten Legislaturperiode eine schulartübergreifende Korrektur im Abitur als Pilotversuch eingeführt wird.

Christopher Voigt sieht das Problem des Studiumabbruchs nicht so schlimm, da es dafür immer vielfältige Gründe geben könne. Nur steigen in den Lehramtsstudiengängen die Zahlen gerade in Flensburg steil nach oben, eventuell könnten Vorbereitungsseminare eine Lösung sein, um



Christopher Voigt, FDP

sich vor dem Studium bereits besser orientieren zu können. Aus seiner Sicht gehören auch alle Oberstufen an den weiterführenden Schulen noch einmal auf den Prüfstand, die kleinen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen funktionieren nicht, dort würden die

Zahlen künstlich hochgehalten, damit die Oberstufen überhaupt weiter gehalten werden können.

Laut Tobias von der Heide sei das Bildungsniveau insgesamt sogar gestiegen, aber das erkläre nicht allein die hohe Abiturquote. Die neue OAPVO gelte bisher ja nur für die Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe, zu besprechen bleibt die Umsetzung auch an den beruflichen Gymnasien. Dazu muss die Fächeranzahl mit zentralen Prüfungen unbedingt erhöht werden, damit die allgemeine Hochschulreife auch auf hohem Niveau für alle bleibt.

Abgeschlossen wurde diese muntere Diskussionsrunde mit der Frage: Warum sollte eine Lehrkraft in Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022 ihre Stimme für ihre Partei abgeben?

Für den SSW versprach Jette Waldinger-Thiering den Bildungsbereich zu stärken und die Arbeitsplatzbereiche für Lehrkräfte zu verbessern. Für Bündnis 90 / Die Grünen sagte Ines Strehlau zu, den Bildungsbereich zu stärken und die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte zu verbessern. Für die SPD sicherte Martin Habersaat zu, schulartübergreifend die Schulen zu stärken und mehr Wert auf Zusammenarbeit zu legen, über den Umfang und die Anzahl schriftlicher Leistungsnachweise müsse nachgedacht werden. Für die FDP versprach Christopher Voigt

Jahreskongress 2022 – ein Rückblick

die Leistungsbereitschaft für alle an Schule Beteiligten wieder stärker zu honorieren und den Stellenwert von Bildung wieder weiter in den Fokus zu rücken, es gab ein klares ja zum Gymnasium.

Für die CDU sicherte

Tobias von der Heide zu, weiter klar wie bisher zum Gymnasium zu stehen und diese Schulart weiter zu stärken und zu unterstützen.

Nach dieser kurzen Abschlussrunde

beendete das Moderatorenteam Christiane Vetter und Guido Haffke die kurzweilige Diskussionsrunde mit den Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien und damit auch einen ereignisreichen Jahreskongress 2022.



Jette Waldinger-Thiering, SSW

Jan Kunze

Redebeitrag der Juphis zum Jahreskongress 02.03.2022 (gekürzt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in den letzten Monaten haben wir Juphis mit Staunen wahrgenommen, wie die politische und gesellschaftliche Diskussion, was Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein und bundesweit leisten sollen, noch einmal an Fahrt aufgenommen hat – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Pandemie.

Als Juphis verfolgen wir diesen Diskurs natürlich mit besonderem Interesse, haben wir uns beim Ergreifen des Berufs doch zum Ziel gesetzt, auch einmal gute Lehrerinnen und Lehrer werden zu wollen.

Wir Lehrerinnen und Lehrer sollen voller Leidenschaft für unsere Fächer brennen, Fachexperten auf dem neusten wissenschaftlichen Stand sein, sollen abwechslungsreichen, modernen Unterricht anbieten, uns regelmäßig fortbilden, andere fördern und fordern, aber bitte nie überfordern und jeden ganz individuell fördern, auch wenn er wochenlang zuhause in Quarantäne sitzt. Wir sollen motivieren, wer sich nicht aus eigener Kraft motivieren kann, und die Eltern am besten auch gleich mit. Lehrerinnen und Lehrer sollen einwandfreie pädagogische Arbeit liefern und müssen gerade im Zuge der Pandemie auch immer wieder Schülern, Eltern und Kollegen psychologischen Beistand leisten.

Neuerdings sollen wir auch noch Computerspezialisten sein, die notfalls aber auch ohne eine entsprechende technische Ausstattung und WLAN das Kunststück vollbringen müssen, einfallsreichen, datenschutzkonformen Digitalunterricht anbieten zu können. Ganz nebenbei sollen wir noch Coronatests durchführen, die Einhaltung der Hygienemaßnahmen durchsetzen, dabei den Überblick über aktuelle Coronaverordnungen behalten, die gefühlt so oft

wechseln wie die Politiker ihre Socken.

Diese Liste könnte man noch ewig weiterführen, wir alle kennen unseren schulischen Alltagswahnsinn, aber es ist doch immer wieder eindrucksvoll, sich all diese Aufgaben vor Augen zu führen. Bei alldem darf nicht vergessen werden, dass der ideale Lehrer natürlich stets freundlich, lärm- und stressresistent, platzsparend, nie krank und – wenn es nach dem Ministerium ginge – auch günstig im Unterhalt ist.

Und obwohl es einen solchen Lehrer nicht geben kann und auch nicht geben sollte, geben viele von uns Tag für Tag ihr Bestes, um diesen vielseitigen und immer wachsenden Anforderungen an uns trotzdem möglichst gerecht zu werden.

Wir machen dies für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, die unsere Zukunft sind. Was oft vergessen wird, ist, dass aber auch wir Teil dieser Zukunft sind, denn ohne uns kann es keine qualitativ hochwertige Bildung für künftige Generationen geben.

Wir Juphis vermissen daher den Schutz der Lehrkräfte und auch die Wertschätzung unserer Anstrengungen, die wir von der Politik verstärkt einfordern.

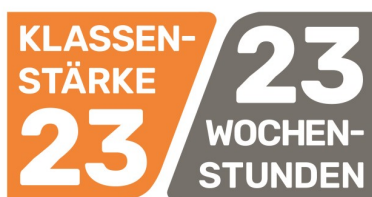
Wir wollen nicht sehenden Auges in ein Burnout geschickt werden und deswegen konzentriert sich unsere Arbeit weiterhin auf die Lehrergesundheit und das pandemiebedingte Dauerthema der Digitalisierung.

(...)

Nach wie vor freuen wir uns über rege Unterstützung beim Rühren der Werbetrommel für unsere Verbandsarbeit, um wieder mehr junge Lehrerinnen und Lehrer auf uns aufmerksam zu machen und zum Mitmachen zu bewegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Christiane Vetter



Leitanträge an den Jahreskongress

Bildungspolitischer Leitantrag

Der Philologenverband Schleswig-Holstein tritt konsequent für ein begabungs- und leistungsgerechtes Schulwesen ein, das neben der Gemeinschaftsschule das Gymnasium als zentrale und unentbehrliche Säule eines gegliederten Schulsystems sieht. Dabei kommt dem Gymnasium bei der Vergabe der Hochschulreife eine Vorrangstellung zu. Diese ergibt sich aus dem Bildungsauftrag dieser Schulform und der Zusammensetzung der Schülerschaft, der ein besonderes Abstraktionsvermögen, eine höhere Leistungsbereitschaft und eine Aufnahmebereitschaft für wissenschaftspropädeutische Inhalte zugesprochen werden kann.

Daraus leitet der P h v Schleswig-Holstein seine Forderung nach einer deutlichen Profilierung der Schulart Gymnasium ab. Ihr intellektueller Anspruch, zu dem sie die Reifeprüfung und die damit verbundene Studierfähigkeit verpflichten, macht ein hohes Maß an verpflichtender qualifizierter Allgemeinbildung ebenso notwendig wie neigungs-, begabungs- und interessenorientierte Profilangebote in den Fremdsprachen, Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und in den musischen Fächern. Einer wie auch immer begründeten Senkung der Leistungsansprüche stellt sich der Philologenverband mit Nachdruck entgegen.

Die zunehmend heterogene Schülerschaft verlangt allerdings auch und gerade während und nach der gegenwärtigen Pandemie Förderangebote für Schülerinnen und Schüler. Dabei stehen sowohl benachteiligte und langsamer lernende Kinder und Jugendliche im Fokus als auch die beträchtliche Zahl von begabten und hoch motivierten Schülerinnen und Schülern, die zielgerichtete, d. h. auf ihre Interessen abgestimmte Angebote erhalten müssen.

Im Einzelnen fordern wir:

- kleinere Klassen und Lerngruppen, damit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ihre Ziele erreichen können und die Lehrkräfte dieser Schulformen nicht unzumutbaren Bedingungen ausgesetzt sind, die dem Unterrichtserfolg entgegen stehen,
- finanzielle Mittel für Fördermaßnahmen,
- die Sicherstellung vergleichbarer Curricula und Lernerfolgskontrollen, damit einer Abwanderung von Gymnasiasten zu beruflichen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in der Oberstufe entgegengewirkt wird,
- die Wiederherstellung einer zweijährigen Referendarsausbildung, verbunden mit der Etablierung eines Landesseminars für Gymnasiale Bildung, damit fachwissenschaftliche Voraussetzungen angemessen durch didaktische und pädagogische Ausbildungsinhalte ergänzt werden können,
- eine Neudiskussion fachlicher gymnasialer Inhalte, verbunden mit der kritischen Reflexion der Fachanforderungen in Schleswig-Holstein in Bezug auf verbindliche Inhalte, fachwissenschaftliche Bezüge und angemessene Lernerfolgskontrollen.

Berufspolitischer Leitantrag

Der Philologenverband Schleswig-Holstein fordert Landtag und Landesregierung auf, die Arbeitsbedingungen an unseren Schulen nachhaltig zu verbessern. Die Belastung der Lehrkräfte muss deutlich reduziert werden! Eine zielgerichtete zukünftige Personalgewinnung

ist angesichts des bundesweiten Wettbewerbs sicherzustellen!

Wir fordern im Einzelnen:

- die Zuweisung von Klassenleiterstunden in **jeder** Klassenstufe (im Rahmen des PZV) und die Festschreibung in den Stundenplänen - und damit eine Gleichbehandlung der Schularten
- die deutliche Reduzierung des Stundendeputats (max. 23 Wochenstunden)
- die Reduzierung der Klassenstärke auf maximal 23 Schülerinnen und Schüler
- ausreichende Ressourcen für eine professionelle Wartung des IT-Bereichs an unseren Schulen
- die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten nach A 14
- die Beförderung nach A 14 **ohne** die Verpflichtung zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben
- die sofortige Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und die Umsetzung des OVG-Urteils
- die Abschaffung des Selbstbehalts bei der Beihilfe
- ein langfristig tragendes Einstellungskonzept mit 110% Unterrichtsversorgung
- die Entlastung von Kolleginnen und Kollegen nach Rückkehr von Klassen- und Studienfahrten im Rahmen des Gesundheitsschutzes
- die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Referendarinnen und Referendare
- die Einschränkung befristeter Beschäftigungsverhältnisse
- die Umsetzung der Altersermäßigung zum Schul**halb**jahr

In diesen Forderungen sieht der Philologenverband Schleswig-Holstein einen entscheidenden Beitrag zu mehr Arbeitszufriedenheit und damit auch zur Qualität pädagogischer Arbeit.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2022



1. Vergleichbarkeit des Abiturs

Das Abitur verleiht die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Da sich die Abiturientinnen und Abiturienten der Gymnasien, der Gemeinschaftsschulen und der Beruflichen Gymnasien gleichberechtigt auf Studienplätze bewerben, muss die Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewährleistet sein.

Was wollen Sie tun, um die qualitative Gleichwertigkeit des Abiturs an den unterschiedlichen Schularten in Schleswig-Holstein sicherzustellen?



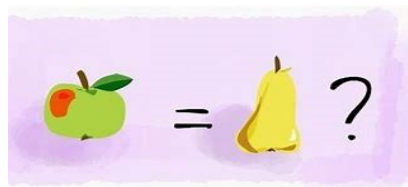
Für CDU ist und bleibt das Gymnasium der Ort, an dem Schülerinnen und Schüler auf eine akademische Ausbildung vorbereitet werden. Deswegen haben wir die Oberstufe reformiert. Das berufliche Gymnasium ist ein weiterer Weg zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. In der Gemeinschaftsschule soll auf alle Bildungsabschlüsse, insbesondere auf die duale Ausbildung, vorbereitet werden. Wir werden unsere Bemühungen verstärken, die Studierfähigkeit in den Mittelpunkt der studienqualifizierenden Bildungsgänge zu stellen. Das bedeutet auch, dass die Anforderungen an das Abitur landesweit einheitlich sein sollen und die Prüfungen weiter zentralisiert werden. Um Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen noch besser zu fördern und auf die Schulabschlüsse vorzubereiten, wollen wir ab Klasse 7 in den Hauptfächern und freiwillig in den Nebenfächern Lerngruppen in erhöhtes und grundlegendes Niveau teilen. Das soll noch besser auf die Anforderungen des Abiturs vorbereiten.



Es ist richtig, dass die unterschiedlichen Anforderungen im Abitur aktuell zu einer Wettbewerbsverzerrung beim Zugang zu Studienplätzen führen. Das Problem sehen wir aber weniger zwischen den Schulen innerhalb Schleswig-Holsteins als viel mehr zwischen den Bundesländern.

Hier unterscheiden sich sowohl die formalen Anforderungen als auch die Inhalte noch viel mehr – und auch die AbiDurchschnittsnoten.

Wir beteiligen uns deshalb als Land am länderübergreifenden Abitur-Aufgabenpool. Der Aufgabenpool ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber der Weg bis zu einem bundesweit einheitlichen Abitur ist noch weit.



„Aufgrund der Tatsache, dass Noten in jedem Abschlusszeugnis Entscheidungsgrundlage für einen Ausbildungsvertrag, einen Studienplatz und weitere Bildungschancen darstellen, müssen auch einheitliche Rahmenbedingungen für den Unterricht und die Prüfungen gelten.“

Wir werden uns dafür einsetzen, dass vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine gleichwertige Qualität aller Abschlüsse zu sichern. Das gilt natürlich auch für das Abitur, das an den drei genannten Schularten in Schleswig-Holstein erreicht werden kann.

Hier wollen wir durch qualitativ anspruchsvolle einheitliche Prüfungsanforderungen Abschlüsse sicherstellen, die qualitativ vergleichbar, allerdings nicht zwingend gleichartig sein müssen.“



Wir verstehen es als besondere Stärke unseres Schulsystems, dass es, anders als in der Vergangenheit, drei Wege zur allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung gibt. Das ist eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung des Bedarfs an akademischen Fachkräften für die Zukunft. Wir gehen davon aus, dass die Fachanforderungen, die für die Oberstufen der Gymnasien und der Gemeinschaftsschulen einheitliche Landesverordnung sowie die Landesverordnung über das berufliche Gymnasium sowie die in der Kultusministerkonferenz getroffenen Vereinbarungen sicherstellen, dass es kein minderqualifizierendes „Abitur light“ gibt. Wir stehen auch schulartübergreifenden anonymen Zweitkorrekturen offen gegenüber.



Aus Sicht des SSW ist es absolut begrüßenswert, dass es in Schleswig-Holstein mehrere Möglichkeiten gibt, das Abitur zu erreichen. Nicht nur zwischen Schularten, sondern auch zwischen den Schulen bestehen durchaus verschiedene Strukturen, Schwerpunkte oder Vertiefungsmöglichkeiten.

Diese Bildungslandschaft schätzen wir wert. In den schriftlichen Prüfungen der Kernfächer werden landesweit zentrale Aufgaben gestellt. Wir sehen daher keine Höher- oder Minderwertigkeit der Hochschulreife zwischen Gemeinschaftsschule, beruflichem Gymnasium oder Gymnasium. Aus unserer Sicht gibt es daher keinen Bedarf, an dieser Stelle reglementierend einzuwirken.

2. Qualität der Lehrerausbildung

Die fachliche und pädagogische Eignung von Lehrkräften an Gymnasien muss gewährleistet sein. Sowohl die Verkürzung der zweiten Ausbildungsphase als auch die Einführung von Master-Abschlüssen sind nicht ohne Folgen für die Qualität der Lehrerausbildung geblieben. Ein sich abzeichnender Lehrkräftemangel und die damit einhergehende steigende Anzahl von sogenannten „Quereinsteigern“ werfen ebenfalls die Frage der fachlichen Qualifikation von Lehrkräften auf. Ihrer Aufgabe, auch wissenschaftspropädeutisch zu arbeiten und Schülerinnen und Schüler angemessen auf ein Universitätsstudium vorzubereiten, können die Gymnasien nur nachkommen, wenn ihre Lehrkräfte über eine hohe fachliche Qualifikation verfügen.



Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine hohe fachliche Qualifikation von Lehrkräften auch in der Zukunft sicherzustellen?



Nur wer die formale Lehramtsbefähigung hat, soll an unseren Schulen als unbefristete und verbeamtete Lehrkraft tätig sein können. Als CDU werden wir daher die Bemühungen zur Lehrkräftegewinnung und zusätzlich die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften weiter intensivieren. Wir haben dazu die Allianz für Lehrkräftebildung gegründet. Diese wird umfassende und bundesweit neue Maßnahmen zur Verbesserung der Lehramtsausbildung auf den Weg zu bringen. Durch die bestehenden Strukturen und die Allianz wollen wir innovative und qualitativ hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Schularten erreichen. Damit Lehrkräfte weiterhin fachlich und pädagogisch hochwertige Arbeit leisten können, werden wir in zusätzliche und verpflichtende Fortbildungen bei gleichzeitigen Unterrichtsentlastungen investieren. An allen lehrkräftebildenden Hochschulen sowie dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) werden wir Exzellenz in der Lehrkräftebildung sicherstellen.



Wir trauen es Diplom-Mathematiker*innen oder promovierten Physiker*innen durchaus zu, wissenschaftspropädeutisch zu arbeiten. Wir sehen die Herausforderung für Seiteneinsteiger*innen weniger bei deren fachlichen Kompetenzen als bei den pädagogischen und didaktischen Aufgaben, mit denen sie in den Schulen konfrontiert werden.

Aus diesem Grund nehmen die Seiteneinsteiger*innen auch während ihrer zweijährigen Qualifizierungsphase an den Ausbildungsveranstaltungen des IQSH teil.



„Die fachliche Qualifikation hängt aus unserer Sicht von drei Faktoren ab:

1. Eine qualitativ hochwertige, schulartbezogene Ausbildung an einer Universität. In Schleswig-Holstein haben wir zwei Universitäten, die einen hohen Anteil von zukünftigen Lehrkräften für unser Land ausbilden. Dabei müssen wir allerdings feststellen, dass für die Studiengänge des Lehramtes oftmals nicht die notwendigen Ressourcen vorhanden sind. Hier wollen wir nachbessern. Weiterhin muss nach unserer Vorstellung die Lehrkräfteausbildung bereits sehr früh einen fachpraktischen Bezug aufweisen, auch um die Studienwahl zu reflektieren.
2. Die zweite Phase der Lehrkräfteausbildung muss aus unserer Sicht sowohl schulartbezogen als auch qualitativ anspruchsvoll gestaltet sein. Hier wollen wir prüfen, ob die gegenwärtige Struktur des IQSH als auch die Flexibilität hinsichtlich der Dauer des Referendariats diesen Anforderungen genügen.
3. Für alle Lehrkräfte gilt, dass nur durch eine fachliche und pädagogische Fortbildung ein Unterricht auf hohem Niveau sichergestellt werden kann. Hier müssen wir die aktuellen Formate der Fortbildungsangebote überprüfen und auch Anreize für Lehrkräfte schaffen, sich regelmäßig fortzubilden. Die angesprochene Einstellung von „Quereinsteigern“ darf aus unserer Sicht nur ein vorübergehendes Modell sein, um kurzfristig die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.“



Die Pandemie hat erneut gezeigt, dass sich die Lehramtsaus-, -fort- und -weiterbildung auf immer neue gesellschaftliche Herausforderungen einrichten müssen. Es wird daher nichts an regelmäßigen Reformen vorbeiführen. Wir werden im Sinne des Lehrkräftebildungsgesetzes, welches wir in der Küstenkoalition beschlossen haben, an dem hohen Anteil an berufspraktischen Modulen festhalten, das sich gegenüber dem früheren fast rein fachwissenschaftlich orientierten Studium bewährt hat; die Lehramtsstudierenden müssen frühzeitig erkennen, ob der Beruf des Lehrers/ der Lehrerin ihnen überhaupt liegt.

Im Sinne der Durchlässigkeit des Schulsystems in alle Richtungen sollten auch die angehenden Lehrkräfte nicht von vornherein auf eine Tätigkeit an der Gemeinschaftsschule oder am Gymnasium festgelegt sein. Wir wünschen uns Lehrkräfte, die für ihre Fächer brennen. Aber noch mehr wünschen wir uns Lehrkräfte, die für Pädagogik brennen.



Die Fragestellung suggeriert eine mangelnde Qualifikation von an Schule tätigen Menschen, die über den Quer- oder Seiteneinstieg in den Beruf einsteigen. Tatsächlich ist es so, dass Bewerber:innen für den Quereinstieg in die Berufs- oder Förderschule den Master- oder Magisterabschluss oder ein Diplom in einem dringend benötigten Fach vorweisen müssen. Für die berufsbildenden Schulen wird zusätzlich eine mindestens einjährige förderliche berufspraktische Tätigkeit verlangt. Für den "Seiteneinstieg" in alle Schularten wird neben dem Magister-, Master, oder Diplomabschluss eine mehrjährige praktische Berufserfahrung vorausgesetzt. Die fachliche Qualifikation sehen wir daher als gegeben an. Die pädagogische Eignung wird als Nachqualifizierung in Pädagogik und Didaktik erworben.

Die Möglichkeiten des Quer- und Seiteneinstiegs haben es unseren Schulen ermöglicht, dem Lehrkräftemangel zu begegnen und wir als SSW sind allen Menschen dankbar, die sich für diesen Weg entschieden haben.

3. Lehrermangel

Das begonnene Jahrzehnt ist schon jetzt gekennzeichnet durch einen erheblichen bundesweiten Lehrermangel. Die bevorstehende Pensionierungswelle macht eine Lehrerneueinstellung im großen Stil notwendig.

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, unseren Beruf für junge Menschen so attraktiv zu gestalten, dass genügend Studienanfänger – unabhängig von ihrer intrinsischen Motivation – diese Berufswahl treffen, weil die Arbeitsbedingungen endlich vergleichbar mit denen in anderen akademischen Berufen sowie in anderen Bundesländern sind?



CDU | Stärkung der aktiven Lehrkräfte, Stärkung der Ausbildung angehender Lehrkräfte und des Kontaktes mit dem Lehrerberuf sowie die Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung von Lehrkräften. Mit A13 als Einstiegsgehalt und der Verbeamtung ist der Lehrerberuf weiter für junge Menschen attraktiv. Wo immer es die Haushaltslage zulässt, werden wir Lehrkräfte entlasten, etwa durch Zentralisierung von Aufgaben, Übertragen von Verwaltungstätigkeiten auf entsprechende Fachkräfte, Ausbau multiprofessioneller Teams und Fortbildungen mit Zeitausgleich. Lehrkräftegewinnung und die Bindung von Lehrkräften gerade in den MINT-, und in Mangelfächern bleiben eine Aufgabe, der wir mit einer Allianz für Lehrkräftebildung und mit modernen und attraktiven Arbeitsbedingungen begegnen wollen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Wir trauen es Diplom-Mathematiker*innen oder promovierten Physiker*innen durchaus zu, wissenschaftspropädeutisch zu arbeiten. Wir sehen die Herausforderung für Seiteneinsteiger*innen weniger bei deren fachlichen Kompetenzen als bei den pädagogischen und didaktischen Aufgaben, mit denen sie in den Schulen konfrontiert werden. Aus diesem Grund nehmen die Seiteneinsteiger*innen auch während ihrer zweijährigen Qualifizierungsphase an den Ausbildungsveranstaltungen des IQSH teil.

Freie Demokraten FDP „Wir fordern in unserem Wahlprogramm eine Initiative „Junge Menschen für den Beruf der Lehrerin/des Lehrers begeistern“ und haben dort eine Vielzahl von Maßnahmen verankert. Wesentlicher Bestandteil dieser Initiative ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dies wollen wir u.a. erreichen durch

1. die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es den Lehrkräften ermöglicht, sich auf ihre Kernaufgabe, einen fachlich fundierten und pädagogisch an der Lerngruppe orientierten Unterricht, zu konzentrieren.
2. den Ausbau der Unterstützungssysteme (Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, externe IT-Betreuung, etc.), damit sich die Lehrkräfte auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können.
3. ein Stipendienprogramm für Lehramtsstudierende in den Mangelfächern.
4. ein modernes Arbeitsumfeld mit Arbeitsräumen für Lehrkräfte und zeitgemäße Unterrichtsmedien.
5. eine Besoldungsstruktur, die leistungsorientiert ist und Aufstiegschancen ermöglicht.“

SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD Unsere Anfragen haben regelmäßig ergeben, dass an den Schulen viele Stellen entweder gar nicht oder mit Lehrkräften besetzt sind, die keine volle pädagogische Qualifikation in Form des Zweiten Staatsexamens haben. Diese erhalten oft nicht die Unterstützung, die sie benötigen.

Die Landesregierung hat trotz vorhandener finanzieller Mittel wenig dazu getan, die Attraktivität des Lehrerberufs zu heben. Immer noch ist der Lehrerberuf hoch attraktiv. Er ist sinnstiftend und bietet eine Arbeitsplatzsicherheit, von der andere Beschäftigte träumen können. Wir wollen, dass im Rahmen der Berufsorientierung an den Schulen mehr gezielte Werbung für den Lehrerberuf betrieben wird. Auch wollen wir es Quereinsteiger*innen erleichtern, die erforderlichen fachlichen und pädagogischen Qualifikationen nachzuholen. Ein Blick nach Finnland z.B. zeigt uns, dass wir an den Hochschulen nach den besten Pädagog*innen suchen müssen, um das Ansehen des Berufes hoch und die Zahl der fehlenden Kräfte niedrig zu halten.

SSW Die Umstellung von G8 auf G9 hat dafür gesorgt, dass wir deutlich mehr Lehrkräfte im System brauchen. Dabei ist auch absehbar gewesen, dass wir den Wettbewerb um Lehrkräfte mit anderen Bundesländern nicht alleine über Bezahlung gewinnen können. Wir fordern eine echte Fachkräfteoffensive, in der wir die lebenswerten Vorzüge unseres Landes offensiv nach vorne stellen. Gleichzeitig müssen wir für eine Aufwertung der Infrastruktur und verbesserte Rahmenbedingungen für Familien sorgen.

Außerdem wollen wir das FSJ-Schule ausbauen, um mehr junge Menschen für das Lehramt zu begeistern.

4. „23—23“

Die zentrale Forderung unseres Jahreskongresses lautet „23 – 23“ und bezieht sich gleichermaßen auf eine vertretbare Höchstklassengröße wie auf ein zumutbares Stundendeputat.

Inwieweit unterstützen Sie unser Anliegen, und welche Möglichkeiten der Umsetzung sehen Sie?



CDU Im Grundsatz unterstützt die CDU diese Forderung, insoweit es die – nicht nur durch die Pandemie bedingte – angespannte Haushaltslage zulässt.

Deswegen legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Lehrkräftengewinnung und attraktive Arbeitsbedingungen. Außerdem sollten bei der Festsetzung des Deputates nach Möglichkeit die unterrichteten Fächer mit gewichtet werden.

Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass Schleswig-Holstein als armes und hochverschuldetes Bundesland in den nächsten Jahren weiter sehr genau auf das Geld schauen muss.

Zur Entlastung der Lehrkräfte und damit sie sich stärker auf ihre Kernaufgabe Unterricht konzentrieren können, wollen wir die multiprofessionellen Teams weiter ausweiten und Lehrkräfte von zusätzlichen Aufgaben entlasten.



Sowohl die Reduzierung der „Höchstklassengröße“ auf 23 Schüler*innen als auch die Reduzierung des Stundendeputats würde den Lehrkräfte-Bedarf erheblich erhöhen.

Vor dem Hintergrund, dass die Lehrkräfte an den Gymnasien aktuell das niedrigste Stundendeputat in Schleswig-Holstein haben und Ihnen als Philologenverband der oben bereits angesprochenen Lehrkräftemangel und auch die begrenzten finanziellen Ressourcen des Landes bekannt sind, können wir diese Forderung nicht unterstützen.

Wir sehen keinen Spielraum – weder für die eine noch für die andere Maßnahme – und sind außerdem der Ansicht, dass es deutlich wirksamere Bildungsinvestitionen gibt, um sowohl die Bildungsgerechtigkeit als auch die Bildungsqualität und Arbeitszufriedenheit zu verbessern.



„Eine kurzfristige Reduktion des Stundendeputats würde den bereits heute spürbar vorhandenen Mangel an Lehrkräften nochmals deutlich verschärfen und für Unterrichtsausfälle sorgen.

Gleiches gilt für eine generelle im Vergleich zum heutigen Niveau reduzierte Klassengröße. Gleichwohl wollen wir die bisherigen Vorgaben zu den Klassengrößen flexibler gestalten, um standortbedingte Besonderheiten berücksichtigen zu können. Auch beim Stundendeputat benötigen wir mehr Flexibilität, um besondere Belastungen von Lehrkräften durch mehr Ausgleichsstunden honorieren zu können.

Weiterhin sehen wir viele Entlastungsmöglichkeiten durch die Stärkung der Unterstützungssysteme (externe Administratoren, Schulsozialarbeit, Schulpsychologen) an den Schulen, um so Freiräume für den Unterricht zu gewinnen. Doch dies ist nicht kostenneutral umsetzbar. Deshalb werden wir unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen in den Schularten mehr Lehrerstellen schaffen.“



Wir glauben, dass sich an der Arbeitszeit und Belastung der Lehrkräfte etwas ändern muss.

So werden wir eine neue Unterrichtsvorbereitungs-Cloud einführen, die Lehrkräfte bei der Unterrichtsplanung entlastet. Aus dieser sollen für alle Fächer auf die Fachanforderungen abgestimmte Unterrichtseinheiten und Klassenarbeiten sowie Klausuren kostenfrei von allen Lehrkräften abgerufen werden können. Dieses Angebot steigert die Unterrichtsqualität, erhöht die Vergleichbarkeit und schafft bei Lehrkräften mehr zeitliche Freiräume.

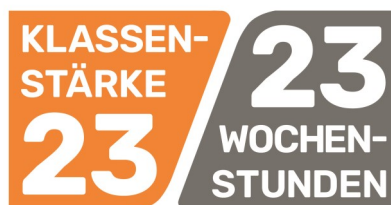
Allgemein wünschen wir uns eher eine Verdopplung der Fachkräfte in der Klasse als eine Halbierung der Schülerzahl. Klassenlehrkräfte müssen ebenso entlastet werden wie Lehrkräfte, die Schulentwicklungsaufgaben wahrnehmen. Schulleitungen brauchen entsprechende Budgets. Gleichzeitig wird mehr Anwesenheit in der Schule die Regel werden, wenn wir zu einem neu getakteten Ganztag kommen.



Wir stimmen der Aussage zu, dass die Klassen zu groß sind und die Arbeitsbelastung hoch ist.

Eine gute Lehrkräfte-Schüler-Relation ist notwendig, damit Fachlichkeit und pädagogisches Wirken Früchte tragen können.

Hier würden wir gerne für Verbesserung sorgen. Dies wird nicht ohne mehr Angestellte an den Schulen erreichbar sein. Allerdings gilt das für alle Schularten, nicht nur die Gymnasien.



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2022



5. Weihnachtsgeld

Die Streichung des Weihnachtsgeldes 2007 wurde mit knappen Kassen begründet. Die jährliche Sonderzahlung sollte, so die Zusage der seinerzeitigen Großen Koalition, konjunkturabhängig wieder eingeführt werden. Mittlerweile ist sogar beim Bundesverfassungsgericht ein Verfahren zur Unteralimentierung von Beamtinnen und Beamten anhängig.

Wie wollen Sie deren Vertrauen in die Fürsorgepflicht des Staates wiederherstellen?

CDU Die CDU möchte den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten und konkurrenzfähig gegenüber der Wirtschaft und anderen Ländern machen.

Wir stehen für eine Verbesserung der Besoldungsstruktur mit einer schrittweisen Anhebung der Besoldung. Das Weihnachtsgeld wäre nur eine Einzelmaßnahme, die für sich genommen nur einen kurzfristigen Effekt hätte und ist daher zu kurz gedacht. Eine Wiedereinführung nach Kassenlage, wie der Landesrechnungshof vorschlägt, lehnen wir ab. Die Besserstellung von Beamten muss strukturell finanziell für den Haushalt machbar sein. Unabhängig davon haben wir im vergangenen Jahr Verbesserungen auf den Weg gebracht: Die Besoldung wird um ein Prozent angehoben, die Grundgehälter im Einstiegsbereich werden angehoben, ein Altersgeld wird eingeführt und 3 der Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit wird neu strukturiert. Damit einher gehen Ausgaben von 47 Mio. Euro. 2022 sind weitere 45 Mio. Euro eingeplant, um Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen.



Wir sehen, dass das Land seiner Fürsorgepflicht an Lehrkräfte gerecht wird.

Beispielsweise hat das Land zusätzliche Stellen über den Leitungszeiterlass und auch zur Stärkung der Unterrichtsversorgung zur Verfügung gestellt. Wir finden es sehr gut und richtig, dass bis zur Besoldungsstufe A11 ein Weihnachtsgeld in Höhe von 660 Euro (für Versorgungsempfänger*innen 330 Euro) und für jedes Kind einen Zuschlag von 400 Euro gezahlt wird.

Ein Weihnachtsgeld für die Besoldungsstufen über A11 planen wir nicht.



„Wir Freien Demokraten wissen um den enormen Einsatz unserer Lehrkräfte, nicht nur während der Pandemie.“

Die in diesem Jahr vom Land geleistete Einmalzahlung als Anerkennung des besonderen Einsatzes ist ein Zeichen der Wertschätzung. Wir wünschen uns allerdings eine Verstetigung dieser Zahlung als Weihnachtsgeld, was jedoch aufgrund der gegenwärtigen hohen Belastungen des Landeshaushalts nicht möglich war.

Gleichwohl werden wir uns auch zukünftig für diese Zahlung einsetzen, die bis 2007 fester Bestandteil der Besoldung war.“



Wir haben 2007 die Streichung der Sonderzahlung für Beamte*innen mitgetragen, um den Haushalt zu konsolidieren. Wir stehen zu der Zusage, die Sonderzahlung wieder einzuführen und hatten deshalb in den letzten Jahren mehrfach die Wiedereinführung beantragt. Finanzielle Mittel wären vorhanden gewesen; das beweisen die Überschüsse im Personalhaushalt. Allerdings haben sich die Gewerkschaften 2019 mit der Landesregierung darauf verständigt, zunächst eine lineare Erhöhung der Besoldung vorzunehmen. Wir werden unmittelbar nach der Wahl mit den Gewerkschaften erörtern, wie die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber verbessert werden kann. Die Besoldung wird dabei eine zentrale Rolle spielen müssen. Mit ihrem Verhalten bei der Blockade der Pauschalen Beihilfe und der Unfähigkeit, die Besoldungsstrukturen verfassungskonform anzugehen, schadet die Jamaika-Koalition zudem dauerhaft der Attraktivität des Landes als Arbeitgeber. Genau das kann sich das Land aber nicht mehr leisten.



Wir setzen uns seit Jahren für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamte:innen ein. Nicht nur in Reden oder Pressemitteilungen, sondern ganz konkret in Haushaltsanträgen.

Zuletzt haben wir uns im Sinne des Deutschen Beamtenbundes dafür stark gemacht, das Kompromissangebot des "dbb" anzunehmen, um einen ersten Schritt in Richtung Rückkehr zum Weihnachtsgeld zu gehen.

Während sich die Landesregierung weigert, sich hier zu bewegen, werden wir uns weiter für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes einsetzen.

6. Digitalisierung an den Schulen

Das Land hat erhebliche Mittel für die Bereitstellung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte zur Verfügung gestellt. Leider haben es viele Schulträger noch immer nicht geschafft, diese zu beschaffen. Der digitale Support fehlt ebenfalls häufig. Auch die Leistungsfähigkeit des W-LAN reicht oftmals nicht.

Was wollen Sie tun, damit die Digitalisierung auch wirklich in den Schulen ankommt?

CDU Wir werden das Schulgesetz im Dialog mit allen Akteuren überarbeiten und die Digitalisierung berücksichtigen. Die nachhaltige Finanzierung der Bildungsdigitalisierung werden wir sicherstellen und mit den kommunalen Landesverbänden eine Vereinbarung über die Neuordnung der Zuständigkeiten und Finanzierung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung von Schulen treffen. Wir werden einen Prozess der Schulentwicklung gestalten, der sinnvoll digitale und analoge Elemente verzahnt. Wir möchten eine Kultur der Digitalität schaffen, in der moderner, digitaler Unterricht selbstverständlich ist. Das bedeutet u.a., dass alle Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte Zugriff auf ein Lernmanagementsystem und über das „Schulportal SH“ einen Zugang zu Diensten wie Office, Dateiablage, Messenger und E-Mail erhalten. Alle Schulen werden mit der Schulverwaltungssoftware ausgestattet

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Die sächliche Ausstattung der Schulen ist originär Aufgabe der Schulträger. Wir sehen aber, dass die Schulträger diese Aufgabe nicht alleine wuppen können, deshalb haben sich die Länder mit dem Bund auf den Digitalpakt und die dazugehörigen Begleitprogramme (Sofortausstattungsprogramm, Leihgeräte für Lehrkräfte und das Administratoren-Programm) verständigt. Bis Herbst 2021 waren noch nicht einmal 5 % der Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen. Das hatten wir uns in der Tat anders vorgestellt. Es liegt u.a. daran, dass der Gemeindetag die Kommunen dazu beraten hat, die Anträge möglichst spät zu stellen, damit sie dann aktuelle Produkte bekommen und erst einige Jahre später Ersatzanschaffungen tätigen müssen. Das konterkariert natürlich die Bemühungen die Schulen schnell zu digitalisieren. Für uns GRÜNE ist wichtig, dass die Finanzierung der Digitalisierung zwischen Bund, Land und Schulträgern geregelt wird, um Planungssicherheit zu schaffen

Freie Demokraten FDP Die Digitalisierung ist mit dem Digitalpakt und den Sofortausstattungsprogrammen des Landes nicht abgeschlossen. Die Coronapandemie hat offengelegt, dass die Nutzung digitaler Medien im Unterricht an einigen Schulen noch in den Anfängen steckt und es weiterer finanzieller Mittel und Unterstützung bedarf. Wir wollen einen Digitalpakt II, der über das aktuelle Förderprogramm hinaus weitere Finanzierungen für die Digitalisierung der Schulen ermöglicht. Die Beantragung jeglicher Fördermittel muss verschlankt, digitalisiert und vereinheitlicht werden. Den Schulen vor Ort soll stärkere Entscheidungshoheit über die Mittelvergabe zugestanden werden. Ein neuer Digitalpakt II muss die Verwendungsmöglichkeiten breiter fassen, so muss die Finanzierung von Administratoren ermöglicht werden. Speziell dafür angestellt Fachkräfte sollen die Wartung der Hard- und Software übernehmen und so die Lehrkräfte von unterrichtsfernen technischen Aufgaben befreien und gleichzeitig eine reibungslose Nutzung der Geräte im Unterricht sicherstellen.“

SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD Wir sind dem Deutschen Philologenverband für seine bundesweite Untersuchung dankbar, die erhebliche Mängel bei der Versorgung der Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten festgestellt hat. Technische Ausstattung und regelmäßige Fortbildung sind die Voraussetzungen dafür, dass die Digitalisierung unserer Schulen ein Erfolgsmodell wird. Die Landesregierung unterstützt die kommunalen Schulträger aus unserer Sicht nicht ausreichend dabei, den DigitalPakt Schule schnell und sachgerecht umzusetzen. Ein Ansatzpunkt für uns wäre, das Rad nicht an jeder Schule neu zu erfinden. Schulen sollen sich in ihrer pädagogischen Konzeption unterscheiden, nicht zwingend in ihrer technischen Ausstattung. Der Support für die Schulen ist zentral zu organisieren und sollte nicht jedem Schulträger einzeln aufgebürdet werden.

SSW Der SSW hat die Digitalisierung an den Schulen des Landes immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Damit die Digitalisierung wirklich an den Schulen ankommt, müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daher haben wir -gemeinsam mit der SPD- eine Schulgesetzänderung vorgeschlagen, in der der digitale Unterricht geregelt worden und die Lernmittelfreiheit auf digitale Endgeräte ausgeweitet worden wäre. Diesen Bedarf sehen wir weiterhin, denn wir müssen das digitale Lernen regeln. Gerade in der Beschaffung von Endgeräten hat es aufgrund der pandemischen Lage und der gleichzeitig wachsenden Nachfrage aber auch massive Beschaffungsprobleme gegeben, sodass es verständlich ist, dass nicht jede Schule zufriedenstellend ausgestattet ist. Das "Sofortausstattungsprogramm" des Landes für schulgebundene mobile Endgeräte war daher der richtige Weg und wird weitergeführt werden müssen.

Allerdings müssen da, wo das Land das Geld und die Infrastruktur bereitgestellt hat, die Schulträger und die Schulen die Verantwortung für die Beschaffung tragen.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2022



7. Außerunterrichtliche Aufgaben

Die originäre Aufgabe einer Lehrkraft besteht in der Erteilung von Unterricht. Ein immer größer werdender Anteil der Arbeitskraft muss jedoch einerseits für außerunterrichtliche Aufgaben eingesetzt werden, andererseits für immer weiter ausufernde Projekte. Beides geht zu Lasten der Kernaufgabe „Unterricht“.

Wie lässt sich eine solche Entwicklung Ihrer Meinung nach korrigieren?



CDU

Die CDU ist den Lehrkräften dankbar für ihr großes Engagement, das auch über den Unterricht und ihre eigentlichen Aufgaben hinaus geht. Das ist nicht selbstverständlich. Wir würdigen ausdrücklich das Herzblut, das Pädagoginnen und Pädagogen jeden Tag und freiwillig in ihre Schüler stecken. Gleichwohl wollen wir Lehrkräfte von außerunterrichtlichen Aufgaben entlasten und dafür multiprofessionelle Teams und Verwaltungsfachkräfte ausweiten:

Die Schulassistenzen sollen fester Bestandteil multiprofessioneller Teams und landesseitig ausgeweitet werden. Wir wollen die Schulsozialarbeit unter Beteiligung von Bund, Land und Kommunen mittelfristig ausbauen. Und wir wollen regionale Fortbildungsangebote zur multiprofessionellen Teamentwicklung weiter ausbauen. Für Schulleitungen wollen wir prüfen, ob analog zu den gewachsenen Aufgaben auch die Zahl der Ausgleichs- und Entlastungsstunden weiter angepasst werden muss. Und in großen Schulen wollen wir Verwaltungsleitungen im Landesdienst erprobt.



Lehrer*in zu sein bedeutet nicht nur Unterrichten. Außerunterrichtliche Aufgaben gehören – in einem gewissen Umfang – selbstverständlich zum Aufgabenspektrum von Lehrkräften. Wir sehen aber, dass es Aufgaben gibt, die mehr Zeit in Anspruch nehmen, deshalb wollen wir die Anzahl der Poolstunden erhöhen, um den Schulen mehr Spielraum für die angemessene Entlastung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben geben. Für einzelne, klar definierte und befristete Aufgaben wollen wir außerdem im Besoldungsrecht die Möglichkeit von Leistungszuschlägen schaffen. Nachjustierungsbedarf sehen wir auch bei der Leitungszeit, die wir anforderungsorientiert erhöhen wollen. Außerdem wollen wir den Schulen zusätzliche Verwaltungskräfte zur Verfügung stellen, um Lehrkräfte und Schulleitung bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten



„Die außerunterrichtlichen Aufgaben müssen reduziert werden, damit mehr Zeit für die Erteilung des Unterrichts bleibt. Wir wollen die Lehrkräfte von unnötigen und immer weiter ausgreifenden Dokumentationspflichten, Datenerhebungen und Abfragen befreien. Die Erstellung von Zeugnissen muss digital möglich sein und weitere verwaltungstechnische Aufgaben müssen auf ein Minimum reduziert werden.

Wir wollen eine Überprüfung darüber, welche Formen der Abstimmung schulischer Organe im Schulalltag nötig sind, damit nicht immer mehr Zeit für doppelte Abstimmungsprozesse und zusätzliche Konferenzen außerhalb des Unterrichts verloren gehen.“



Bestandteil der Digitalisierung ist für uns auch, dass wir die Lehrer*innen soweit wie möglich von administrativen Aufgaben, auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, entlasten wollen, damit sie sich ihrer Kernaufgabe, dem Unterricht und den unmittelbar damit zusammenhängenden Verpflichtungen, widmen können. Wir wollen gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern nach Wegen suchen, durch zusätzliches Schulpersonal die Lehrkräfte zu unterstützen.

Allerdings gilt für uns auch, dass pädagogische Tätigkeit über den Fachunterricht im Klassenraum, die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Korrekturen von Klassenarbeiten u.a. hinausgeht. Projekte, jahrgangs- und fachübergreifend, sind aus unserer Sicht eher die Zukunft von Schule als eine „ausufernde“ Bedrohung.



Die Gesellschaft hat den Schulen qua Gesetz auch einen Erziehungsauftrag gegeben.

Nichtsdestotrotz sehen auch wir es als unstrittig an, dass unsere Lehrkräfte in dem, was vor, während und nach dem Unterricht über fachliche Inhalte hinaus stattfindet mehr Unterstützung brauchen. Wir wollen daher mehr multiprofessionelle Teams und Schulpsycholog:innen an den Schulen, die die Lehrkräfte in dieser Aufgabe unterstützen.

8. Lehrer*ergesundheit

Immer größere Klassen und eine immer heterogener werdende Schülerschaft belasten in zunehmendem Maße die Gesundheit von Lehrkräften am Gymnasium.

Was gedenken Sie dagegen zu unternehmen?

CDU

Wir haben uns in der laufenden Legislaturperiode erstmal strukturiert um die Lehrer*ergesundheit gekümmert und ein Konzept dafür auf den Weg gebracht. Darüber hinaus haben wir ein Förderprogramm für Lärmschutzmaßnahmen im Umfang von 7 Mio. Euro und die Erweiterung des Fortbildungs- und Präventionsangebotes für Lehrkräfte am Zentrum für Prävention des IQSH umgesetzt sowie die das Fortbildungsbudget zur Lehrer*ergesundheit erhöht.

Wir werden die Angebote des IQSH zur Lehrer*innen- und Lehrer*ergesundheit erhalten und bedarfsgerecht anpassen. Insbesondere in der Aus-, Weiter- und Fortbildung wollen wir Strategien zum Umgang mit mehr Heterogenität im Klassenzimmer noch stärker einbinden.

Wir wollen, dass Lehrkräfte sich besser auf das Unterrichten konzentrieren können. Deshalb wollen wir sie auch von anderen Aufgaben entlasten. Auch die kontinuierliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung trägt zur Entlastung bei.

Gesundheit ist auch eine Aufgabe der Führung, die wir dabei unterstützen werde



Die Maßnahmen zur Erhaltung der Lehrer*ergesundheit wollen wir weiter ausbauen. Neben den gut strukturierten Trainings mit Ausrichtung auf die individuellen Ressourcen wollen wir den „Arbeitsplatz Schule“ noch stärker in den Blick nehmen und gesundheitsförderliche Veränderungen bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte, für die erholsame Pausengestaltung oder die Senkung der Lärmbelastung anstreben. Dass die empfundene Belastung zugenommen hat, nehmen wir mit Sorge zur Kenntnis. Die Behauptung, dass die Klassen immer größer werden, lässt sich allerdings empirisch nicht bestätigen. Im Gegenteil: Laut den Berichten über die Unterrichtssituation ist die durchschnittliche Klassengröße an den Gymnasien aktuell geringer ist als vor zehn Jahren (im Schuljahr 2010/11).



Freie Demokraten FDP

„Umfragen zur Lehrer*ergesundheit zeigen, dass vor allem die Lärmbelastung und die sich stetig steigernde Arbeitslast zunehmende Probleme sind. Die Lärmbelastung wollen wir als zentralen Punkt beim Schulbau- und Modernisierungsprogramm mit aufnehmen und untersuchen lassen, wie Klassenräume mit lärmdämmenden Mitteln gestaltet werden können. Moderne Lüftungsanlagen verbessern ebenfalls die Gesundheit von Schüler*innen und Schülern als auch der Lehrkräfte. Gruppenräume für die temporäre Trennung von Lerngruppen müssen bei Neu- und Umbauten der Schulgebäude selbstverständlich werden, ebenso wie Arbeitsräume für Lehrkräfte und Konferenzräume für Teamsitzungen. Die Arbeitslast soll über die Reduzierung von außerunterrichtlichen Aufgaben gesenkt werden, überbordende Abfragen und Dokumentationspflichten müssen hinterfragt werden. Durch eine Lehrer*kräfte-Offensive und die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes werden wir die Anzahl der qualifizierten Lehrkräfte erhöhen und verkleinerte Klassen dort ermöglichen, wo es aus pädagogischen Gründen erforderlich ist. Außerdem wollen wir Maßnahmen ergreifen, um Lehrkräfte vor Gewalt und Cybermobbing zu schützen.“

SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD

In der Corona-Pandemie hat die Frage der Gesundheit an den Schulen einen ganz neuen Stellenwert erhalten. Die Gesundheit der Lehrer*innen ist eine wertvolle Ressource, und der Vorruhestand aus gesundheitlichen Gründen sollte, wenn möglich, vermieden werden. Der Umgang des Ministeriums mit gesundheitlich vorgeschädigten Lehrkräften war mindestens bedenklich.

Gesundheitsfortbildung sollte innerhalb der Schule und in Zusammenarbeit mit dem IQSH und anderen Trägern den gleichen Stellenwert haben wie fachliche und pädagogische Fortbildung. Auch in der Schulentwicklung muss die Lehrer*ergesundheit ein Kriterium sein.

SSW

Wir leben in einer heterogenen Gesellschaft. Weder heterogene Gesellschaften, noch heterogene Klassen belasten die Gesundheit von Lehrkräften am Gymnasium.

Vielfalt ist keine Belastung, sondern ein Mehrwert.

Was die Gesundheit von Lehrkräften tatsächlich belastet, sind Lärm, Termin- und Leistungsdruck und zusätzliche ungeplante Aufgaben, die unsere Lehrkräfte zu erfüllen haben. Hier müssen wir ansetzen.

Unsere Lehrkräfte brauchen Ausgleichsstunden, eigene Arbeitsplätze an den Schulen, Umbauten der Klassenzimmer und Unterstützung im Unterricht durch den vermehrten Einsatz der bereits angesprochenen multiprofessionellen Teams.

Beförderung von A 13 nach A 14 zukünftig mit Aufgabenübertragung verbunden?

Das bislang praktizierte Verfahren zur Beförderung von Studienrätinnen und Studienräten an Gymnasien und an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe soll geändert werden. Nach unserem Kenntnisstand werden den betroffenen Kolleginnen und Kollegen unmittelbar nach ihrer Beförderung zusätzliche außerunterrichtliche Aufgaben übertragen.

Gegen dieses Vorhaben spricht sich der Landesvorstand des Philologenverbandes Schleswig-Holstein in einer Stellungnahme aus. Diese wurde der Ministerin Frau Prien sowie der Staatssekretärin Frau Dr. Stenke und dem Leiter der Abteilung Gymnasien Herrn Kraft Anfang Februar übermittelt.

Stellungnahme zum geplanten Vorgehen der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Prien, im Zusammenhang mit der Beförderung von A 13 nach A14

Schreiben des Landesvorstandes

Nach unserem Kenntnisstand ist beabsichtigt, das bislang praktizierte Verfahren zur Beförderung von Studienrätinnen und Studienräten an Gymnasien und an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe zu ändern. Danach sollen den betroffenen Kolleginnen und Kollegen unmittelbar nach ihrer Beförderung zusätzliche außerunterrichtliche Aufgaben übertragen werden.

Der Philologenverband Schleswig-Holstein lehnt eine derartige Koppelung von Beförderung und Aufgabenübertragung ab. Dafür möchten wir die folgenden Gründe anführen:

1. Der Besoldungsgesetzgeber ordnet die Ämter A 13 und A 14 derselben Besoldungsgruppe zu und sieht dabei keine Differenzierung nach Funktionen oder Aufgaben vor. Demnach fällt eine Beförderung in die Besoldungsgruppe A 14 nicht in die Kategorie „Funktionsstellenbeförderung“.

2. Der Philologenverband Schleswig-Holstein sieht nach wie vor die Beförderung einer Studienrätin oder eines Studienrates zur Oberstudienrätin bzw. zum Oberstudienrat als die Anerkennung einer pädagogischen Leistung vornehmlich in seinem Kerngeschäft, der Erteilung von Unterricht.

3. Die Verknüpfung von A 14-Beförderung und Funktion ist nicht dazu geeignet, für eine angemessene Motivation unter den leistungsstarken Kolleginnen und Kollegen zu sorgen. Es ist völlig unklar, wie lange eine bestimmte Funktion ausgeübt werden soll, welche weitere Funktionen dann für die Nachfolgekandidaten übrigbleiben (Bewährungsmöglichkeiten) oder neu geschaffen werden, oder was geschieht, wenn eine beförderte Kollegin/ein beförderter Kollege eine Aufgabe nicht weiter ausüben möchte oder dazu nicht mehr in der Lage ist.

4. Eine zusätzlich übertragene Aufgabe ohne zeitliche Kompensation ist angesichts der im bundesweiten Vergleich führenden Arbeitszeit für die schleswig-holsteinischen Beamtinnen und Beamten und damit auch für die Lehrkräfte an Gymnasien nicht zu akzeptieren, da die Kolleginnen und Kollegen bereits jetzt an der Belastungsgrenze arbeiten. Die Attraktivität des Lehrerberufes wird nicht steigen, wenn die Belastungen weiter zunehmen, ohne dass Kompensationen angeboten werden.

5. Da sich das Eingangsamt einer Studienrätin und eines Studienrats hinsichtlich seiner Besoldung inzwischen kaum noch von den Eingangsämtern anderer Schularten unterscheidet und sich hier mittlerweile das beamtenrechtlich vorgegebene Abstandsgebot immer weniger zugunsten der Lehrkräfte an Gymnasien und an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe auswirkt, halten wir eine Eingangsbesoldung nach A 14 für diese Berufsgruppe für angemessen.

6. Alternativ schlagen wir die Wiedereinführung der Regelbeförderung vor. Diese soll gestaffelt vier bis zehn Jahren nach der Ernennung zur Beamtin a.L. oder zum Beamten a.L. erfolgen.

Das Staffelmanöver der Regelbeförderung erfüllt sowohl den Anspruch des Leistungsgedankens als auch den der strukturellen Ausgewogenheit im Gehaltsgefüge von Lehrkräften. Im Hinblick auf notwendige Schritte für eine erfolgreiche Lehrkräftegewinnung von Gymnasiallehrkräften wäre die Regelbeförderung ein maßgeblicher Faktor.

Barbara Langlet-Ruck



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

- **Fragen ?**
- **Anregungen ?**
- **Diskussionsbeiträge ?**

Rückmeldungen zu Beiträgen oder Anregungen und Wünsche zu Inhalten sind willkommen und können per Mail an

Gh-Forum@Phv-sh.de
gesendet werden.

Herzlichen Dank für Ihr Feedback.

Ministerin Prien lädt ein

Zweimal lud Frau Ministerin Prien Anfang des Jahres, im Januar und im Februar, zu Videokonferenzen ein, um aktuelle Themen vorzustellen und zu diskutieren. Beteiligte dieser Zusammenkünfte waren Vertreterinnen und Vertreter der Verbände sowie der Schulleiter.

24. Januar 2022: „Allianz für Lehrkräftebildung“

Was wäre, wenn ein Gymnasiallehrer ein Wochenstundendeputat von 23 Unterrichtsstunden hätte? Wenn er oder sie weitestgehend von außerunterrichtlichen Aufgaben unbehelligt bliebe? Wenn zusätzliche Belastungen wie die Klassenlehrertätigkeit, Unterricht in der Sekundarstufe II oder mehrtägige Fahrten angemessen verrechnet würden? Diese Gymnasiallehrer würden Freude und Ausgeglichenheit ausstrahlen. Seine und ihre Schülerinnen und Schüler würden spüren, dass ihr Lehrer für sein Fach „brennt“, dass seine Kenntnisse einerseits fundiert und andererseits auf dem neuesten Stand sind, weil die Zeit für persönliche Fortbildung gegeben ist. Die jungen Erwachsenen hätten Vorbilder. Sie würden von Persönlichkeiten unterrichtet, die ihnen eine rundum befriedigende Berufstätigkeit vorleben, die Erfüllung statt Gesundheitsgefährdung bringt.

Denn in keinen anderen Beruf bekommen junge Erwachsene einen vergleichbar intensiven Einblick wie in den Beruf der Lehrkraft. Machen sie positive Erfahrungen und führen sie fördernde Gespräche mit ihren Lehrerinnen und Lehrern, werden sie auch eher bereit sein, ein Lehramtsstudium aufzunehmen und später in diesem schönen Beruf zu arbeiten.

Einfach – vielleicht zu vereinfacht – hergeleitet? Wenn Abiturienten feststellen, dass Herr Müller/Frau Schmidt tolle Lehrer sind, die für ihr Fach ste-

hen und die begeistern können, die Freude an ihrem Beruf haben, weil auch die Rahmenbedingungen stimmen, dann fällt die Entscheidung für Lehramtsstudium leichter. Wenn also die Attraktivität des Lehrerberufes erhöht würde, könnte sich die „Allianz für Lehrkräftebildung“ anderen Schwerpunkten widmen.

Ende Januar präsentierte die Ministerin im Landtag die „Allianz für Lehrkräftebildung“, ein Projekt zur Gewinnung von Lehrkräften. Wenige Tage zuvor fand die Videokonferenz statt, in der Frau Prien die Vertreter der Verbände und der Schulleiter informierte. Angesichts des bereits bestehenden aber vielmehr noch massiv drohenden Lehrermangels gehe es darum, kreativ zu denken, mehr Studienplätze zur Verfügung zu stellen, verbesserte Studienbedingungen zu schaffen, standortübergreifend vernetzt zu arbeiten, neue Studienmodelle zu entwickeln und das Ganze über Ziel- und Leistungsvereinbarungen zu steuern.

Die *Allianz für Lehrkräftebildung* „wird das Bildungs- und Wissenschaftsministerium zukünftig bei allen Fragen zum Lehrkräftebedarf und zur Lehrkräftegewinnung beraten. In ihr sind die lehramtsbildenden Hochschulen Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), die Europa-Universität Flensburg (EUF), die Muthesius Kunsthochschule Kiel, Musikhochschule Lübeck, das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) sowie das Landesseminar berufliche Bildung am SHIBB, das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) und das Bildungs- und Wissenschaftsministerium vertreten.“ (Pressemitteilung, CDU-Landtag, 27.01.2022)

Gleich drei Gremien werden gegründet, um die genannten Ziele zu erarbeiten und dem Bildungs- und Wissenschaftsministerium zu unterbreiten. Der Vorstand wird durch einen wissenschaftlichen Beirat unterstützt. Letzterer soll mit nationalen und internationalen Experten besetzt werden. Ein breit besetz-

tes Kuratorium leistet die Zuarbeit. Es besteht aus „je einer Schulleitung pro Schulart, zwei Elternvertreterinnen oder -vertreter, zwei Schülerinnen oder Schüler, zwei Studierende, zwei Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, zwei Fachwissenschaftlerinnen oder Fachwissenschaftler, zwei Vertreterinnen oder Vertreter des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie zwei Personen der Hauptpersonalräte für Lehrkräfte.“ (Pressemitteilung, CDU-Landtag, 27.01.2022) Die Arbeit des Kuratoriums wird Frau Professor Dr. Ilka Parchmann koordinieren. Frau Prof. Parchmann leitet am Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften die Abteilung für Didaktik der Chemie.

Es handelt sich ohne Zweifel um ein ressourcenaufwendiges Vorhaben. Nicht nur finanziell und personell wird hier ein „großes Rad gedreht“. Gefragt werden muss auch nach dem zeitlichen Rahmen: Wann werden erste Erkenntnisse vorliegen? Wann wird mit deren Umsetzung gerechnet? Wann werden die ersten Wirkungen erwartet? Wann werden ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen, für alle Schularten, für alle Fächer? – Eine gewisse Skepsis scheint angebracht.

Zudem hat der Phv-SH in einer Presseerklärung sowie in einem persönlichen Gespräch mit der Ministerin mit Verständnis auf die Zusammensetzung des beratenden Gremiums der neuen „Allianz für Lehrkräftebildung“ reagiert. Denn im *Kuratorium* fehlen die Lehrkräfte an unseren Schulen, die sämtlich als Ausbildungslehrkräfte der Referendare und als Betreuerinnen und Betreuer der Praktikantinnen und Praktikanten sowie der Seiten- und Quereinsteiger tätig sind. Sie gehören selbstverständlich in ein Kuratorium dieser „Allianz zur Lehrkräftegewinnung und zur Ermittlung des Lehrkräftebedarfs“. Unsere Mitglieder kennen aus mehrfacher Perspektive die Lehrerbildung und arbeiten täglich unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Sie wissen, wie die Ausbil-

dungsphasen zum Lehrerberuf zu füllen sind. Sie kennen die Gestaltungserfordernisse, welche den Lehrerberuf attraktiv machen. Warum ausgerechnet diese relevante Gruppe von Praktikerinnen und Praktikern nicht in dem Kuratorium der ressourcenreichen neuen Einrichtung durch ihren Berufsverband vertreten sein soll, erschließt sich nicht.

Es stellt sich vielmehr die Frage, warum Abiturienten in nicht ausreichender Zahl das Lehramtsstudium wählen. Sollte man nicht dringend darüber diskutieren, warum die Abiturdurchschnittsnoten der Lehramtsstudenten schlechter geworden sind, obwohl doch die Abiturdurchschnittsnoten in den letzten Jahren generell eher gestiegen sind? „Viele Interessierte am Lehrberuf sind für den Job wenig geeignet. Den Schulen fehlen Zehntausende Lehrer, für den Beruf können sich Topschüler aber meist nicht begeistern. Experten fordern eine Imagekampagne, mehr Geld und Karrierechancen.“ (Handelsblatt online, 21.02.2022)

Wir brauchen die Besten! Und so lässt sich der Bogen zu der Forderung, die Attraktivität des Lehrerberufes zu erhöhen, schlagen.

21. Februar 2022: „Coronamaßnahmen an Schulen“

Vor dem Hintergrund sinkender Inzidenzzahlen forciert Ministerin Prien Wege der Lockerung im Umgang mit der Corona-Pandemie. Soweit Entscheidungen in den Bereich der Länder fallen, wird Schleswig-Holstein bereits im März keine Pflichttests und voraussichtlich nach den Osterferien auch keine Masken mehr im Schulalltag fordern. Die Ministerin begründete ihre Entscheidung mit den hohen Impfquoten in der Lehrer- und Schülerschaft. Diese würden Lockerungen zulassen.

Die Vertreter der Schulleitungen begrüßten diesen Weg. Einigkeit herrschte darüber, dass Ansteckungen nahezu ausschließlich außerhalb von Schule stattfinden. Sie beobachteten lediglich harmlos verlaufende Infektionen so-

wohl bei Schülern als auch bei Lehrkräften. Mittlerweile entspanne sich die Situation zunehmend. Auch die bevorstehenden Abiturprüfungen stellen kein Problem dar. Selbst längere Klassenfahrten, auch ins Ausland, finden wieder statt. Eltern und Schüler wünschen sich diese und sind bereit, mögliche Stornierungskosten zu tragen.

Allerdings wiesen sowohl die Vertreter der Schulleitungen als auch die Vertreterinnen der Verbände auf die extrem gestiegenen Belastungen der Lehrkräfte hin. Frau Prien sagte die Verlängerung der Aufholprogramme zu. Bedenken, dass die Attraktivität des Lehrerberufes während der Pandemie immens gelitten hat, wies die Ministerin allerdings zurück. Auch den Hinweis auf die ohnehin prekäre Situation an Schulen – Stichwort „Lehrermangel“, Stichwort „Besetzung von Schulleiterpositionen“ – nahm sie nicht hin. Dennoch halten wir an der Forderung fest, dass alles getan werden muss, um die Attraktivität des Lehrerberufes zu steigern und diese Bemühungen kurz- und mittelfristig angegangen werden müssen.

„Schulen sollen und können sich Freiheiten nehmen“ – diese schon vor Monaten herausgegebene Devise der Hausspitze werden mehr oder weniger häufig und facettenreich von Schulleitungen umgesetzt. Sie sollten dies aber vermehrt tun, denn nur auf diesem Weg sind besonders belastende Situationen vor Ort oftmals zu entschärfen. Die Balance zwischen Rückhalt der Schulaufsicht, Vorgaben aus Kiel und eigenständiger Entscheidungen vor Ort zu halten, ist nicht immer einfach. Umso mehr liegt es in der Verantwortung der Schulleitungen, konkrete Belastungen der Kollegen zu sehen und zu entschärfen. Darüber, dass kleinere Teile der Elternschaft uneinsichtig und übermäßig fordernd sind und nicht selten schwierige Situationen noch zuspitzen, waren sich die Teilnehmer der Diskussionsrunde einig. Auch in dieser Frage gab es Rückendeckung durch Frau Prien: Übertriebene Rücksichtnahme auf ungeimpfte Eltern wie Schüler sei nicht mehr angebracht, da sich mittlerweile jeder impfen lassen könne.

Frau Prien stellte den gerade fertiggestellten „Leitfaden zum Hybridunterricht“ vor, in dem es vorrangig um datenschutzrechtliche Fragen geht. Mit der Ministerin waren sich die Diskussions Teilnehmer einig, dass Präsenzunterricht absoluten Vorrang hat, dass der Distanzunterricht hoffentlich überwunden sein möge und dass Hybridunterricht lediglich im absoluten Ausnahmefall längerfristig erkrankter Schüler angebracht sei.

Darüber, dass das AG- und Kulturleben an den Schulen während der vergangenen zwei Jahre zum Erliegen gekommen sei, herrschte uneingeschränkte Einigkeit. Dieser Verlust ist schmerzlich und berührt insbesondere die soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Angesichts der hohen Zahlen psychologischen Beratungsbedarfs soll auch dieser Bereich schnell wiederbelebt werden.

Die Diskussionsrunde zum Thema „Coronamaßnahmen an Schulen“ zeigte Licht am Ende des Tunnels auf. Der Wille zum Überwinden der Pandemie und zur Kompensation erlittener Defizite war bei allen Beteiligten spürbar. Allerdings werden im Ministerium die hohen Belastungen der Lehrkräfte zu wenig gesehen. Anerkennung, Wertschätzung und dringend erforderliche Entlastungsmaßnahmen sind zu gering. Immerhin lässt der Hinweis von Frau Prien aufhorchen, dass sich die Kultusministerkonferenz im März in Lübeck mit der Rolle des Lehrers beschäftigen wird. Es scheint langsam von den Bildungspolitikern anerkannt zu werden, dass die meisten der außerunterrichtlichen Aufgaben nicht zum Tätigkeitsprofil von Lehrern gehören. Die Ministerin verwies auf die Notwendigkeit einer Verankerung multiprofessioneller Teams in Schulen. Damit meint sie, dass zukünftig neben Lehrkräften und Schulleitung mehr technisch-administrative sowie sozialpädagogische, sonderpädagogische und sozialmedizinische Unterstützungskräfte zum Personaltableau der Schulen gehören werden. Derartige strukturelle Veränderungen sind prinzipiell zu begrüßen, müssen allerdings auch kritisch begleitet werden.

Barbara Langlet-Ruck

Aktuelles : Direktorinnen- und Direktorenvereinigung DVSH



Bericht Frühjahrstagung der BDK 3.3.2022 – 4.3.2022, Kiel

Die DVSH war Gastgeber der diesjährigen Frühjahrstagung der Bundesdirektorenkonferenz (BDK) in Kiel. Tagungsschwerpunkte waren die KMK und deren Strukturen sowie unsere Möglichkeiten, als Verband auf die unsere Schulen betreffenden Entscheidungen der KMK Einfluss zu nehmen. Hervorgehobene Bedeutung für unsere Schulen haben KMK-Entscheidungen insbesondere auf die Gestaltung der Oberstufe und die Prüfungsregelungen im Abitur sowie die bundesweite Vergleichbarkeit der Abschlüsse und über die Fachanforderungen und Bildungsstandards auf die Lehrpläne. Auch der Kompetenzrahmen für das Lernen in der digitalen Welt stammt von der KMK.

Besonderer Gast der Tagung war in ihrer Rolle als derzeitige KMK-Präsidentin die Bildungsministerin unseres Landes, Karin Prien. In dem sehr offenen Gespräch ließen sich viele Ge-

meinsamkeiten zwischen unseren Wünschen und den Vorhaben, die lt. Prien nun in der KMK angestoßen werden sollen, feststellen. Zentrale Themen des Gesprächs mit Frau Prien waren das Lernen aus bzw. nach der Pandemie, das in allen Ländern drängende Problem der Lehrkräftegewinnung sowie die Verstärkung des Dialogs zwischen BDK und KMK. Konkret wurde intensiv darüber gesprochen, was Corona in besonderer Weise sichtbar gemacht hat: Fehlende Standards in der materiellen und personellen Ausstattung der Schulen (nicht nur die stets angeführte Digitalisierung betreffend, sondern insbesondere auch, was dringend erforderliche Unterstützungssysteme durch Schulsozialarbeit und schulpsychologische Dienste angeht), lähmende bürokratische Verfahren bei der komplizierten Zusammenarbeit der Ebenen Bund – Länder – Kommunen sowie Strategien zur langfristigen Absicherung der Lehrkräfteversorgung.

Weitere Referenten der Tagung waren Herr Dr. Tobias Funk, Leiter der Abteilung Schulen im Sekretariat der KMK, der über Strukturen und den Ablauf von Entscheidungsprozessen innerhalb der KMK informierte, sowie Norbert Mauren vom Verbund deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zum Thema professionelle Lobbyarbeit.

Natürlich lebt eine derartige Tagung immer von vielen individuellen persönlichen Gesprächen, durch die man einen Einblick in die Arbeit in den anderen Bundesländern bekommt. Genau dies soll bei der kommenden Herbsttagung intensiviert werden: Derzeitiger Arbeitstitel dieser Tagung Ende September lautet „Best Practise – Was funktioniert besonders gut in einzelnen Bundesländern?“.

Alexej Stroh, 4.3.2022



ph:v

**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Aktuelles aus dem Bildungspolitischen Ausschuss BPA

Die neue OAPVO – es knirscht im Getriebe...

Wie schon auf dem Jahreskongress angekündigt, setzt sich der BPA derzeit mit der neuen OAPVO auseinander.

Schon im Vorfeld ihrer Entstehung haben wir uns mit der neuen Oberstufe beschäftigt und zur Anhörungsfassung gab es eine längere Stellungnahme des Phv mit einigen Kritikpunkten, die aber nicht berücksichtigt worden sind. Obwohl vor dem Hintergrund der Pandemie sowieso eine erhebliche Mehrbelastung der Schulen entstanden ist und dementsprechend von verschiedenen Seiten gefordert wurde, die Einführung der neuen Oberstufenverordnung zu verschieben, ist sie seit Beginn dieses Schuljahres in Kraft. Zeit für uns, eine Zwischenbilanz zu ziehen! Unser erster Eindruck: Da knirscht es teilweise gewaltig im Getriebe, mehrere scheinbar kleine Steine stören den reibungslosen Ablauf und machen Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschüler und Lehrkräften das Leben schwer. Um einen Getriebeschaden zu vermeiden, haben wir hier schon einige zusammengetragen, die uns besonders aufgefallen sind.

Steinchen 1: Durch die Verkürzung der Kernfächer und die vielen Wahlmöglichkeiten explodieren die Stundenpläne für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte.

Steinchen 2: Vielerorts führen Huckepackkurse zur Frustration der Schülerinnen und Schüler und verlangen Kollegen/innen eine (unbezahlte!) doppelte Unterrichtsvorbereitung ab.

Steinchen 3: Die Seminarfächer ohne klare Fachzuordnung werden zur Spekulationsmasse und müssen durch erhebliche Mehrarbeit von den Kolleginnen und Kollegen inhaltlich selbst gefüllt werden.

Steinchen 4: Eine Abwertung der Fächer WiPo und Geographie durch quasi

erzwungene Abwahl sind höchst bedenklich – gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden globalen Herausforderungen und der aktuellen internationalen Entwicklung!

Steinchen 5: Durch die zunehmend erforderlichen individuellen Absprachen zwischen den und innerhalb der Fachschaften entsteht eine extreme Zusatzbelastung.

Steinchen 6: Das wissenschaftspropädeutische Arbeiten wird weiter erschwert!

Steinchen 7: Es gibt keine klaren Vorgaben für Verkürzung, Seminarfächer, Berufsorientierung etc. – Jeder erfindet das Rad vor Ort neu!

Steinchen 8: Eine Überfüllung der Kurse zur Kostensenkung geht auf Kosten der

Schülerinnen und Schüler und Kolleginnen und Kollegen!

Bei unseren Gesprächen haben wir festgestellt, dass die neue OAPVO jeweils vor Ort auch etwas anders umgesetzt wird, daher kann es sehr gut sein, dass das eine oder andere Steinchen, das wir hier nennen, nicht an jeder Schule vorhanden ist.

Andererseits können wir uns durchaus denken, dass wir hier nicht alle Steinchen aufgeführt haben.

Falls das der Fall sein sollte, schreibt uns bitte eine kurze Nachricht an info@Phv-sh.de, damit das Steinchen zu unserer Liste hinzugefügt werden kann und wir es in Gesprächen mit den Verantwortlichen auch benennen können!

Leevke Schiwek
für den Bildungspolitischen Ausschuss



Foto: Teile des BPA beim Jahreskongress am 2.3.2022 v.l.: Rolf Nagel, Miriam Holst, Frank Widmayer, Leevke Schiwek, Katja Albrecht, Daphna Rücker, es fehlen: Insa Rix-Oldigs, Sakine Cyron, Christine Veit

Eine(r) von uns... unsere Lübecker Kollegin Karin Gerresheim

Weltoffenheit und Diskussionskultur

Ihre Biographie ist gleichermaßen interessant wie ungewöhnlich. Unsere Kollegin Karin Gerresheim, Verbandsmitglied in Lübeck, blickt auf eine Lebens- und Berufserfahrung zurück, die sie doch ein wenig unterscheidet von ihren Kolleginnen und Altersgenossinnen. Geboren und aufgewachsen im westlichen Rheinland unweit der niederländischen Grenze, führte sie der Weg nach dem Abitur nach Bonn und zum Studium der Germanistik und der Geschichtswissenschaft. Drei Semester im Ausland schlossen sich an und sollten sie in ihrer Hochschulausbildung endgültig aus dem Rheinland herausführen. Oxford und Bordeaux wurden zu ihren Studienorten, quasi Synonyme für Weltoffenheit und akademische Reputation. Beides genoss die junge Lehramtsstudentin, und beides führte sie wohl auch nach ihrer Rückkehr nach Deutschland in die neue Bundeshauptstadt und direkt an die dortige Humboldt-Universität.

Dort, im quirligen, sich neu findenden Berlin der frühen neunziger Jahre setzte Karin Gerresheim ihr Studium erfolgreich fort und brachte es zum Abschluss (1. und 2. Staatsexamen). „Das war eine spannende Zeit!“ Mit diesen Worten resümierte sie ihr Eintauchen in ein akademisches Berlin, in dem knapp die Hälfte ihrer Kommilitonen noch in der D D R sozialisiert worden waren, wo aber die Millionenstadt – und dies nicht nur am Prenzlauer Berg – zum Schmelztiegel aufbruchswilliger Ost- und Westbürger avancierte.

Flexibilität ist ein Charakteristikum, das man als Gesprächspartner sofort mit Karin Gerresheim in Verbindung bringt. Flexibilität aber war es nicht allein, was sie nach beiden Staatsexamina ausge-

rechnet in die äußerste Ecke der schleswig-holsteinischen Westküste, nämlich an das Gymnasium von Sankt Peter Ording führte. Immerhin gab es – anders als in Berlin – ein ausreichendes Angebot an Planstellen und Beamten, und im fernen Eiderstedt traf die Deutsch- und Geschichtslehrerin auf eine Schülerschaft mit Bildungsinteresse und Engagement. Und auf diese Schülerschaft lässt sie denn auch nichts kommen.

Aber die verlockende Aussicht auf eine



Tätigkeit im Ausland führte die Pädagogin bald in die nächste Metropole. Für vier Jahre ging es in die amerikanische Bundeshauptstadt Washington, an die größte deutsche Auslandsschule Nordamerikas. Die Schülerschaft dort wurde eine neue Herausforderung: Es galt eine illustre Gruppe zu unterrichten: Kinder des Botschaftspersonals, einheimische Schülerinnen und Schüler sowie der Nachwuchs von Vertretern internationaler Organisationen saßen in ihren Klassen in Potomac, dem im Nachbarstaat Maryland gelegenen Vorort Washingtons. Zu alledem war die Fluktuation an der Schule groß. Man kann sich vorstellen, dass pro Schuljahr rund ein Drittel der Schülerinnen und Schüler nolens volens die Schule verließ und etwa die gleiche Zahl von Neuaufnahmen erfolgte.

Berufliche Zwänge von Diplomaten kennen keine Sesshaftigkeit ...

All diese Gegebenheiten waren für die Kollegin eine grandiose pädagogische Erfahrung, die ihre private Fortsetzung in den Reisen kreuz und quer durch Nordamerika fand, Klassenfahrten in den wunderbaren Shendoah Nationalpark, Wandern und Reiten inbegriffen ...

Aber nach vier Dienstjahren am Potomac River sollte es dann doch wieder zurück nach Schleswig-Holstein gehen. Neuer

Dienstort wurde die Stormarnschule in Ahrensburg, und „Jugend debattiert“ wurde die neue Herausforderung. Hier qualifizierte sie sich nicht nur als Lehrertrainerin, sondern brachte auch Schülerinnen und Schülern eine Debatten- und Diskussionskultur nahe, wie sie unsere Gesellschaft gerade in diesen politisch so unruhigen Jahren braucht. Heute sicher mehr denn je ... Karin Gerresheim, die natürlich auch im regelmäßigen und guten Kontakt zur Landeskoordinatorin des Wettbewerbs „Jugend debattiert“, unserer Schriftführerin im P h v, Insa Rix-Oldigs, steht, schult

also mittlerweile interessierte Kolleginnen und Kollegen für die erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb.

Dies und vieles mehr füllt das Berufsleben von Karin Gerresheim auch jetzt aus, wo sie als Koordinatorin zum Schulleitungsteam am Katharineum in Lübeck gehört.

Der Philologenverband wünscht der so engagierten und erfolgreichen Kollegin mit dem gewinnenden Lächeln Erfolg und Zufriedenheit und dass ihre privaten Interessen Literatur, Wandern (Südengland) und Gärtnern nicht zu kurz kommen!

Walter Tetzloff

Phv gratuliert Klaus Dieter Heyden zum 80. Geburtstag

Ein geschätzter Ratgeber

So lange wie er hat keiner den Philologenverband Schleswig-Holstein geführt. Klaus-Dieter Heyden wurde auf dem Jahreskongress 1984 zum 1. Vorsitzenden gewählt, und das, nachdem er etliche Jahre zuvor alle Facetten der Verbandsarbeit kennen gelernt hatte, u. a. als Schriftführer des Verbandes. Den Vorsitz behielt er dann 22 Jahre lang – in bildungspolitisch stürmischen Zeiten, konfrontiert mit vier Ministerpräsidenten, die unterschiedlicher nicht sein konnten, ... und mit fünf Kultusminister(innen), für die mindestens das Gleiche gilt.

In die mehr als zwei Jahrzehnte, die Klaus-Dieter Heyden unseren Verband führte, fiel eine Phase beunruhigenden Lehrermangels, fiel die Implementierung vieler neuer Gesamtschulen, fielen Einschnitte im Bereich der beamtenrechtlich gebotenen Fürsorgepflicht für Lehrkräfte, um nur die größten Herausforderungen zu nennen, gegen die ein Vorsitzender in diesen Jahren zu kämpfen hatte. Klaus-Dieter Heyden tat dies mit der ihn kennzeichnenden

Mischung aus politischem Realitätssinn und energischem Kampfgeist. Beides bewies er immer wieder, ob es in Fernsehduellen mit einer Kultusministerin war oder als Redner bei Demonstrationen. Sein Ansehen bei Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern der Landesregierung und der parlamentarischen Opposition war groß und von Respekt, nicht immer von Zuneigung (dazu war er denn doch zu hartnäckig ...) getragen. „Fortiter in re, suaviter in modo“ trifft auf seine Verhandlungsführung zu, und dieses Prinzip trug ihm sicherlich den größten Respekt ein.

Die Verdienste Heydens in seiner langen Amtszeit als Vorsitzender lassen sich nicht nur als Abwehrkampf beschreiben, als Widerstand gegen eine allmähliche, aber doch völlige Umkrempung der Schulstruktur, die der Philologenverband gemeinsam mit politischen Verbündeten verhindern konnte. Hervorzuheben ist auch sein Einsatz für ein stabiles und überzeugendes gymnasiales Profil mit Grundbildung und Profilierungsmöglichkeiten in der

Oberstufe, immer mit dem Leitziel einer Studierfähigkeit, die diesen Namen verdient. Utilitarismus („Wozu brauche ich denn das ...?“) war und ist für Heyden keine Option.

Klaus-Dieter Heyden war ein Gewinn für



unsere Sache und für den Zusammenhalt in unserem Verband. Dieses Urteil eines Mitstreiters, der ihn als Pressereferent über seine gesamte Amtszeit begleiten

durfte, dürfte auf große Zustimmung stoßen.

Am 14. April feiert Klaus-Dieter Heyden mit Ehefrau Ursula, Kindern und Enkeln in Westerrönfeld seinen 80. Geburtstag. Unser Verband gratuliert herzlich!

Walter Tetzloff

Aktuelles vom Schatzmeister

Einige unserer Mitglieder haben sicher schon bemerkt, dass der Beitrag für das erste Quartal 2022 entgegen der üblichen Vorgehensweise erst im März eingezogen wurde. Die Gründe hierfür habe ich auf dem Jahreskongress erläutert und möchte es an dieser Stelle auch für alle Verbandsmitglieder nachvollziehbar tun:

Unsere Bank hat für alle Geschäftskunden – und zu denen zählen wir als Verband – ein neues Kontomodell eingeführt. Für den Phv bedeutet dies, dass in jedem Monat eine größere Zahl an Kontobewegungen kostenfrei ist, alle darüberhinausgehenden Kontobewegungen aber bezahlt werden müssen. Daher werde ich auch in den kommen-

den Quartalseinzügen diese auf zwei Monate verteilen, um möglichst wenig Kontobewegungen bezahlen zu müssen. Durch dieses Vorgehen sparen wir über 100 € pro Quartalseintrag. Im ganzen Jahr ergibt dies zusammen mit weniger zu zahlendem Verwahrentgeld („Negativzinsen“) eine Einsparung im Bereich von 450-500 €.

Der Landesvorstand und auch die Delegierten des Jahreskongresses haben Zustimmung zu diesem Vorgehen, das unserer Beitragsordnung nicht vollständig entspricht, signalisiert. Eine entsprechende Änderung der Beitragsordnung wird für den kommenden Jahreskongress vorbereitet.

Rolf Voßeler

- **Fragen ?**
- **Anregungen?**
- **Diskussionsbeiträge?**

Rückmeldungen zu Beiträgen oder Anregungen und Wünsche zu Inhalten sind willkommen und können per Mail an

Gh-Forum@Phv-sh.de
gesendet werden.

Herzlichen Dank für Ihr Feedback.

Frühjahrsausflug der Pensionäre nach Bosau am 19.5.2022

1500 Jahre Siedlungsgeschichte am Plöner See

Lange geplanter Ausflug soll endlich stattfinden

Unsere Fahrt nach Bosau fiel in den letzten beiden Jahren leider den pandemiebedingten Einschränkungen zum Opfer. In Anbetracht der gegenwärtigen Entwicklungen hoffen wir, sie in diesem Jahr durchführen zu können.

Unser diesjähriger Frühjahrsausflug wird uns nach Bosau an den Plöner See führen. Wir haben wieder das Glück, eine ausgesprochen sachkundige Führung zu bekommen – nämlich durch unseren Kollegen Dr. Hans-Michael Kieffmann, der vor vielen Jahren an archäologischen Untersuchungen zur Siedlungsentwicklung in Bosau beteiligt war. Diese einmalige Gelegenheit sollte sich niemand entgehen lassen!

Unser Ausflug soll am **Donnerstag, dem 19. Mai 2022**, stattfinden und



Foto: nordkirche.de

vormittags beginnen.
Bitte notieren Sie sich den Termin.

Wir planen von Plön aus mit dem Schiff nach Bosau zu fahren, dort eine Führung durch die Vicelin-Kirche zu bekommen, im Ort zu Mittag zu essen, anschließend die Ausgrabungs- und Untersuchungsstätten zur Siedlungsgeschichte zu besuchen, um dann am späteren Nachmittag wieder mit dem

Schiff nach Plön zurückzufahren.

Alle diejenigen, denen die Bootsfahrt zu viel Zeit in Anspruch nimmt, können selbstverständlich auch mit dem Auto direkt nach Bosau kommen.

Einzelheiten zum Ablauf werden wir rechtzeitig allen Pensionärinnen und Pensionären per Email bzw.

schriftlich zukommen lassen.

Selbstverständlich können Sie sich bereits jetzt in unserer Geschäftsstelle bei Frau Bech anmelden: Muhliusstr. 65, 24103 Kiel; Tel.: 0431 – 81940; oder per Mail info@Phv-sh.de.

Jörg Bruckmüller

Aktuelles aus dem HPR

Schulung für Personalräte

Bitte vormerken !

Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalratsmitglieder im Philologenverband plant die Durchführung einer Schulungs- und Fortbildungsveranstaltung gemäß § 37 MBG.

Termin: 28.04.2022
Ort: ConventGarten Rendsburg
Uhrzeit: 09.00—16.00 Uhr
Themen: Grundlagen der Mitbestimmung
Betriebliches Eingliederungsmanagement
BEM-Verfahren: das BEM-Team stellt sich vor
Digitalisierung: Referent MBWK



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Terminrückschau Dezember 2021 März 2022

Auch in den vergangenen Monaten waren Vorstand und Mitglieder für den Phv aktiv

20.12.2021 Diskussionsrunde zum Programmentwurf der CDU zur Landtagswahl, Themenbereich allgemeinbildende Schulen; Videokonferenz	01.02.2022 Einführungsveranstaltung der Referendare: „Der Philologenverband stellt sich vor“; Videokonferenz	02.03.2022 Sitzung des Landesvorstandes, Rendsburg
06.01.2022 Vorsitzende DPhV – Phv SH – Phv NDS – Phv NRW – Phv Bay: Auswertung der Umfrage (Herbst 2021) „Situation an Gymnasien“; Telefonkonferenz	01.02.2022 Gespräch mit Bildungsministerin Karin Prien: „Allianz für Lehrkräftebildung“	02.03.2022 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes, Rendsburg
13.01.2022 Redaktionssitzung – <i>Gymnasium heute</i> Sonderausgabe „23 – 23“, Kiel Videokonferenz dbb - AG Einkommensrunde 2021	03.-05.02.2022 DPhV - Seminar Vernetzung der Verbandsarbeit: „Mitglieder (richtig) informieren“	03.03.2022 Redaktionssitzung – <i>Gymnasium heute</i> 1/2022
13.01.2022 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes, Kiel	03.02.2022 Sitzung des Landesvorstandes, Kiel	03.03.2022 Jahresempfang der IHK zu Kiel (digitale Veranstaltung), Kiel
19.01.2022 Lernen aus der Pandemie: Schule weiterdenken, Veranstaltung des MBWK / IQSH, Kiel	07.02.2022 Sitzung des Ausschusses für Beamtenrecht und Besoldung (ABB), Kiel	03.-05.03.2022 Tagung der BDK – Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren in Kiel
20.01.2022 Mündliche Anhörung zum Fachgespräch Mehr Gesundheit im Schulalltag fördern, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3190; Videokonferenz	21.02.2022 <i>Coronamaßnahmen an Schulen</i> : Ministerin Prien im Gespräch mit Vertretern der verschiedenen Interessenverbände Lehrkräfte; Videokonferenz	11.-12.03.2022 DPhV – Bundesausschuss
24.01.2022 <i>Allianz für Lehrerbildung</i> : Ministerin Prien im Gespräch mit Vertretern der verschiedenen Interessenverbände Lehrkräfte; Videokonferenz	23.02.2022 Hintergrundgespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der CDU Herrn Tobias von der Heide, Kiel	17.-19.03.2022 DPhV – BRA-Tagung
	01.03.2022 „Abend mit Journalisten“ zum Jahreskongress 2022, Kiel	18.03.2022 Frühjahrstagung der DVSH-AG im Phv-SH, Neumünster
	02.03.2022 Jahreskongress, Rendsburg	24.03.2022 Sitzung des Landesvorstandes
		25.-26.03.2022 DPhV – BPA-Tagung
		31.03.-02.04.2022 Tagung <i>Junge Philologen</i>

Bitte denken Sie an die Kalenderbestellung für das Schuljahr 2022/23 bis zum 30.04.2022. Melden Sie ihre Bestellung an die/den Schulgruppenvorsitzende (en) oder direkt an Frau Bech in der Geschäftsstelle per Mail an

kalender@Phv-sh.de

Werbematerialien zur Kampagne „23-23“



Gymnasiale Bildung sichern. Jetzt!

Wir Lehrkräfte wollen hochwertige Bildung vermitteln. Doch zu oft können wir das nicht. Bildung gibt es nämlich nicht am Fließband. Deshalb fordern wir: Maximal **23 Wochenstunden** für Lehrkräfte. Maximal **23 Schülerinnen und Schüler** pro Klasse. Und geben der Politik folgende Hausaufgaben auf:

**Arbeitsbelastung runter!
Lehrermangel beseitigen!
Lehrerberuf attraktiv machen!**



Philologenverband Schleswig-Holstein
Muhliusstraße 65
24103 Kiel

www.phv-sh.de

Unsere Forderungen nach einem Stundendeputat von 23 Stunden mit maximal 23 Schülerinnen und Schülern pro Klasse haben wir nicht nur mit Presseerklärungen oder TV-Beiträgen in die Öffentlichkeit getragen, auch für die Lehrerzimmer hat der Phv-SH eine Reihe von Werbematerialien produzieren lassen:

Blöcke, Kugelschreiber, Textmarker, die bewährten Rotstifte und Tassen zieren nun das für die Kampagne entwickelte 23-23-Logo.

Wie der Jahreskongress gezeigt hat, ist die Botschaft in der Politik angekommen und wird dort diskutiert.

Die meisten Lehrerzimmer sind mittlerweile durch Botendienste der Landesvorstandsmitglieder und durch den Jahreskongress versorgt. Unser Ziel muss sein, dass die Kampagne und der Philologenverband sichtbar in den Lehrerzimmern vertreten ist. Gerne können daher insbesondere Schulgruppenvorsitzende der Schulen, die noch kein Material bekommen haben, in der Geschäftsstelle Werbematerialien anfordern per Mail an

info@Phv-sh.de

Nutzen Sie besonders im Lehrerzimmer die Stifte und Blöcke und stellen Sie eine 23-23-Tasse in die Teeküche, damit unsere Forderung für alle sichtbar ist.

Haben sich Änderungen ergeben....?

- Schulwechsel
- Adressänderung
- Namensänderung
- Kontoänderung
- Wechsel der Besoldungsstufe/Entgeltgruppe und / oder Stundenzahl
- Änderung der Mailadresse

Dann teilen Sie uns diese bitte über die Geschäftsstelle unter info@Phv-sh.de zeitnah mit.

Dummdeutsch für Fortgeschrittene



Wir Philologen verstehen uns – getreu lexikalischer Definitionen – als Freunde des Wortes, des Wortsinns und der Wissenschaften. Grund genug für ein wenig Sprachkritik an dieser Stelle. Was uns nämlich in der Öffentlichkeit (und keineswegs nur in der medialen ...) entgegenschlägt, kann uns zuweilen entweder befremden oder amüsieren. Der Verfasser hat sich für Letzteres entschieden.

Sehr, sehr genau!

Ja, in unseren Tagen steht gedankliche und sprachliche Präzision nicht hoch im Kurs.

Sie stimmen mir zu? Dann hören Sie sich 'mal Vorträge und Diskussionsbeiträge, Schüler-Referate oder Powerpoint-Präsentationen an! Kein Wort erfährt gegenwärtig einen solchen Bedeutungszuwachs, wird so (über)strapaziert wie das Wörtchen „genau“! Nur hört man es nicht aus dem Mund überzeugter oder wohlmeinender Zuhörer, die hier freudig ihre Zustimmung zu den Ausführungen der Vortragenden zum Ausdruck bringen wollen, ... oh, nein: Der Vortragende selbst ist es, der seiner mehr oder weniger (meist weniger) schlüssigen

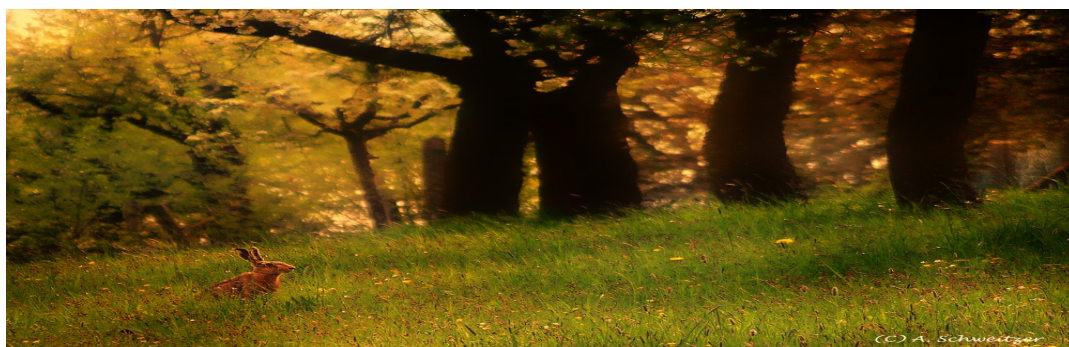
Gedankenführung ständig das besagte Wörtchen hinzufügt. Eine Professorin (!) einer schleswig-holsteinischen Hochschule dekorierte kürzlich den – überschaubaren – Sinnzusammenhang ihres Anliegens mit einem sympathischen Dauerlächeln, aber auch mit einem „Genau!“-Bombardement ohnegleichen. Das Wörtchen fiel nach ca. jedem vierten Satz! Und wie erwartet fand sich in der Zuhörerschaft denn auch kein Spielverderber, der – wie seinerzeit Helmut Schmidt im Bundeskabinett – dazwischenrief: „Nicht verstanden! – Zu unpräzise!“ Das tut man ja auch nicht ...

Eine weit harmlosere Sprachmarotte kommt als Verdoppelung daher: Kurzinterviews im Fernsehen mögen noch so kurz sein, für das doppelte „Sehr“ ist immer noch Zeit. Da stammelt der Profifußballer etwas vom „sehr, sehr großen Trainingsrückstand“, der Außenpolitiker konstatiert „eine sehr, sehr ernste Lage“, der Talkshowmaster freut sich „sehr, sehr“ über seinen sympathischen Gast, und dann wird auch noch das nächste Wochenende „sehr, sehr regenreich“ ... Und kaum einer dieser Verdoppelungsfreunde reflektiert, dass doch

das Wörtchen „sehr“ für sich schon eine semantische Steigerung darstellt. Sei's drum. Früher fand man etwas „wahnsinnig gut“, „irre aufregend“ oder „furchtbar traurig“. Dann doch lieber „sehr, sehr“ ...

Wenn unserer Leserinnen und Leser noch weitere Beobachtungen zum gegenwärtigen Zustand der deutschen Alltagssprache gemacht haben, mögen sie es uns wissen lassen. Darüber wären wir sehr (sehr) dankbar ... Genau!

Walter Tetzloff



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Herausgeber:

Philologenverband Schleswig-Holstein (Phv SH), Kiel
1. Vorsitzende: Dr. Barbara Langlet-Ruck (Fotos Phv SH, sofern nicht anders angegeben)

Redaktion:

Dr. Barbara Langlet-Ruck, Walter Tetzloff, Jan Kunze, Michaela Bech

Satz:

Michaela Bech

Red.-Anschrift:

Muhliusstraße 65, 24103 Kiel, Tel.: 0431-81940, info@Phv-sh.de, www.Phv-sh.de

Druck:

hansadruk und verlag gmbh + co.kg, hansastr. 48, 24118 kiel
Gedruckt auf FSC zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.